



**Protokoll der 2. Sitzung des Gemeinderates Frauenfeld
vom Mittwoch, 26. Juni 2019, 18:00 Uhr im Rathaus**

Vorsitz: Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni

Namensaufruf: 36 anwesende Mitglieder

Entschuldigt: Gemeinderat Daniel Geeler, Gemeinderat Romeo Küng, Gemeinderätin Salome Scheiben, Gemeinderat Stefan Vontobel

Mitanwesend: 5 Stadtratsmitglieder

Gemeinderatssekretär: Herbert Vetter

- - -

Traktanden

- 13 Mitteilungen
- 14 Protokolle der Sitzungen vom 20. Mai 2019 und 27. Mai 2019
- 15 Interpellation betreffend "Unsere Stadtkaserne nicht aus der Hand geben!" von der Gemeinderätin Sandra Kern sowie den Gemeinderäten Peter Hausammann und Robin Kurzbein
ev. Diskussion
- 16 Berichterstattung zur Umsetzung des Reglements über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum
Kenntnisnahme
- 17 Botschaft für einen Nettokredit von 470'000 Franken zur Attraktivierung und Entwicklung der Frauenfelder Innenstadt für vier Jahre (2019 - 2022)
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung
- 18 Neubau Hallenbad: Gewährung eines Kredits von 700'000 Franken zur Ausarbeitung eines vertieften Vorprojektes als Grundlage für die Volksabstimmung

Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP): Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Damen und Herren Besucher auf der Galerie, geschätzte Medienvertreter.

Ich begrüsse Sie herzlich zu unserer heutigen Gemeinderatssitzung. Ich habe angekündigt, dass ich versuchen werde, die Gemeinderäte an die Veranstaltungen der Vereine zu locken. Ganz so einfach ist es allerdings nicht, die kommenden Veranstaltungen herauszufinden. Mithilfe der Sozialen Medien konnte ich folgende spannenden Anlässe finden:

Am Freitag, 28. Juni um 20.15 Uhr spielt unser Wasserballclub gegen den SCF Horgen.

Am Sonntag, 30. Juni turnt die Mädchenriege des Stadttornvereins am Thurgauer Jugendturntag in Weinfelden.

Weiter findet das ganze Wochenende das Eidgenössische Schützenfest für Jugendliche im Schollenholz statt. Ich freue mich, wenn ich jemandem von euch dort über den Weg laufe.

In Anbetracht der wirklich aussergewöhnlich hohen Temperaturen habe ich entschieden, dass wir nach ca. 1 – 1½ Stunden eine Glacepause einlegen werden. Falls wir wider Erwarten nach dieser Zeit bereits fertig sein sollten, dürfen Sie das Glace auch auf dem Nachhauseweg geniessen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass auf der Galerie das Fotografieren, das Filmen sowie Tonaufnahmen gemäss Art. 28 des Geschäftsreglements für den Gemeinderat nicht gestattet sind. Für die heutige Sitzung hat das Ratsbüro Andreas Stalder von der Thurgauer Zeitung das Fotografieren erlaubt.

Nach erfolgtem Namensaufruf stellt die Gemeinderatspräsidentin fest, dass zu Beginn der Sitzung 34 Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind. Der Rat ist somit gemäss Art. 30 des Geschäftsreglements beschlussfähig. Das absolute Mehr beträgt 18.

Die Tagesordnung wurde den Ratsmitgliedern rechtzeitig gemäss Geschäftsreglement des Gemeinderats Art. 23 b zugestellt. Wünscht jemand das Wort zur Tagesordnung? – Da niemand das Wort wünscht, gilt diese als stillschweigend genehmigt und wir werden die heutige Sitzung entsprechend durchführen.

13

MITTEILUNGEN

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP):

1. Gemeinderat Michael Pöll hat eine einfache Anfrage zum Thema "Kosten von Erdgasanschlüssen" eingereicht.
2. Gemeinderätin Christa Zahnd und Gemeinderat Christoph Keller haben eine einfache Anfrage mit dem Titel "Vereinsjugendarbeit" eingereicht.
3. Der Geschäftsbericht 2018 mit den Rechnungen der Stadtverwaltung Frauenfeld und ihrer Betriebe ist seit dem 17. Juni 2019 online. In Zeiten der Digitalisierung verzichten wir da-

rauf, jedem Gemeinderat ein Exemplar abzugeben. Wer aber ein gedrucktes Exemplar wünscht, kann sich nach der Sitzung auf dem Tisch hinten im Ratssaal bedienen.

4. Am Beachvolleyballturnier vom 7. Juni hat das Dreiergespann Christa Zahnd, Michael Pöll und Anders Stokholm souverän den Sieg errungen. Herzliche Gratulation.

5. Sie finden auf Ihrem Tisch folgende Auflagen:

- Das Startpaket für Gemeindepolitiker und Gemeindepolitikerinnen. Der Anhang zu diesem Starterpaket des Kantons Thurgau ist gemäss beiliegendem Flyer digital verfügbar.
- Die aktuelle Adressliste der Gemeinderäte der neuen Legislatur
- Neue Sitzordnung

Gibt es irgendwelche weiteren Einfachen Anfragen oder Interpellationen? – Dies scheint nicht der Fall zu sein.

14

PROTOKOLL DER GEMEINDERATSSITZUNGEN VOM 20. UND 27. MAI 2019

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP): Das Protokoll der 42. Sitzung des Gemeinderats und das Protokoll der 1. Sitzung in der neuen Legislatur wurden beide am 11. Juni 2019 im Dossierbrowser aufgeschaltet. Bis zum heutigen Zeitpunkt sind keine Änderungen oder Ergänzungen eingegangen. Wird das Wort zu den Sitzungsprotokollen vom 20. Oder 27. Mai gewünscht? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit sind die Ratsprotokolle stillschweigend genehmigt. Ich bedanke mich beim Ratssekretär und allen Beteiligten ganz herzlich für die Protokolle.

15

INTERPELLATION BETREFFEND "UNSERE STADTKASERNE NICHT AUS DER HAND GEBEN!" VON DER GEMEINDERÄTIN SANDRA KERN SOWIE DEN GEMEINDERÄTEN PETER HAUSAMMANN UND ROBIN KURZBEIN

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP): Mit Beschluss Nr. 88 wurde am 9. April 2019 die Interpellation von Gemeinderätin Sandra Kern sowie den Gemeinderäten Peter Hausammann und Robin Kurzbein vom Stadtrat beantwortet.

Gemeinderat Robin Kurzbein (CH), Referent im Namen der Interpellanten: Eine kurze Vorbemerkung: Dies ist heute meine letzte Sitzung; ich habe meinen Rücktritt von der Politik eingegeben, um mehr Zeit für die Familie zu haben.

Für die ausführliche Beantwortung unserer Interpellation möchte ich mich sehr bedanken. Die Stadtkaserne, unsere Stadtkaserne, ist ohne Zweifel die grosse Chance für Frauenfeld in den kommenden Jahren. Ein pulsierender Ort, der Stadtteile verbindet, zum Verweilen, Arbeiten und Gestalten anregt und Frauenfeld für seine Bevölkerung und Aussenstehende attraktiver macht. Es ist erfreulich, dass die Bevölkerung bisher miteinbezogen wurde und die Bevölkerung wartet darauf, diesen Ort mitzugestalten. Werden wir sie in Zukunft auch unsere Stadtkaserne nennen? Gern werde ich unsere Überlegungen zur Beantwortung der Interpellation im Anschluss ausführen und bin gespannt auf die Voten aus den anderen Fraktionen. In diesem Sinn beantrage ich Diskussion.

Abstimmung

Der Antrag auf Diskussion wird einstimmig genehmigt.

Gemeinderat Robin Kurzbein (CH), Referent im Namen der Interpellanten: In der Antwort zur Interpellation vom 9. April 2019 hat der Stadtrat folgende Punkte geäussert:

1. Der Verkauf kommt gemäss armasuisse nicht in Frage, nur die Abgabe im Baurecht.
2. Das zukünftige Projekt Stadtkaserne Frauenfeld hat aus den drei Eckpfeilern Nutzungskonzept, Trägerschaft, Baurechtsvertrag zu bestehen und dass gegenseitige Abhängigkeiten bestehen und die Nutzungen prioritär geklärt werden müssen.
3. Das Oberziel soll dabei eine langfristig wirtschaftlich selbsttragende Stadtkaserne sein.
4. Die armasuisse ist die Taktgeberin bei den Verhandlungen betreffend Übernahme.
5. Der Stadtrat verfolgt das Ziel, einen nutzungsabhängigen Baurechtsvertrag mit Ertragsanteilmodell auszuhandeln und
6. Strebt eine externe Trägerschaft mit Beteiligung der Stadt an, welche die Kaserne im Unterbaurecht übernimmt.
7. Die Trägerschaft soll mittels öffentlicher Ausschreibung gesucht werden.
8. Mit Freude haben wir in der Umfrage der Frauenfelder Woche vom 6. März 2019 gelesen, dass sich alle Frauenfelder Parteien für eine Übernahme der Kaserne durch die Stadt und für eine Nutzung im Interesse der Bevölkerung ausgesprochen haben. Das ist ein deutlich positiveres Stimmungsbild als an der Debatte im Gemeinderat vom 17. Mai 2017 betreffend Kreditbewilligung Studienauftrag. In der Frauenfelder Woche war zu lesen, dass die SVP verlangt, dass das Projekt selbsttragend sein und für die Bevölkerung einen Mehrwert bringen muss, für die CVP ist die Übernahme der Kaserne eine einmalige Chance zur Schaffung eines attraktiven Zentrums im Zentrum, die EVP postuliert, dass die Kaserne die Innenstadt inspirieren und der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen soll, und die FDP verlangt, dass dieses zentrale Entwicklungsareal der Bevölkerung erhalten bleiben muss. Vielen Dank für diese Positionierungen, werte Kolleginnen und Kollegen.

Wir sind uns also in der Stossrichtung erfreulicherweise einig, unsere Stadtkaserne nicht aus den Händen geben. Sie soll für die Bevölkerung sein. Auch der Stadtrat sieht es so und hat sich in der Interpellationsantwort klar dazu bekannt, dass die Stadt die Stadtkaserne selber übernehmen und im Planungsprozess die Federführung haben soll. Er bedauert, dass er die Kaserne nicht kaufen kann. Der Stadtrat legt mit den Eckpfeilern Nutzungskonzept, Trägerschaft, Baurechtsvertrag ein einleuchtendes Planungskonzept vor. So weit so erfreulich. Es gibt noch viel zu tun. Ich möchte nun auf die Position der CH zur Stadtkaserne eingehen.

1. Wir bedanken uns bei der Stadt für die bisherigen Verhandlungsbemühungen. Das Beispiel des Zeughauses Uster als Präjudiz zeigt aber, dass ein Kauf durch die Stadt nicht unmöglich sein muss. Die Stadt soll weiter auf Kauf bestehen.
2. Noch fehlt ein verbindlicher Zeitplan mit klaren Meilensteinen.
3. Es ist unklar, wer das Nutzungskonzept definiert – dies betrifft die Vorgabe für die Auslösung des Studienauftrags – und in welchem Prozess das passiert. Ist ein Einbezug der Stimmberechtigten geplant?
4. Zum x-ten Mal wurde der Übernahmezeitpunkt verschoben, jetzt auf 2023. Zur Erinnerung: Ursprünglich wurde eine Übernahme der Stadtkaserne auf das Jahr 1996 in Aussicht gestellt. Ich konnte damals noch nicht mal wählen. 27 Jahre wird es sein bis 2023.

Aus unserer Sicht kann man das als Hinhaltetaktik der armasuisse sehen, die von der Stadt nie ernsthaft kritisiert wurde. Oder vielleicht haben wir auch da noch etwas zugute in den Verhandlungen.

5. Die Bevölkerungsmithwirkung im Planungsprozess Kaserne liegt nun schon vier Jahre zurück. Die damalige Aufbruchsstimmung ist zum grossen Teil verfliegen, weil anschliessend keine konkreten Schritte folgten und angekündigte Meilensteine nicht eingehalten wurden. Darunter leidet die Glaubwürdigkeit der städtischen Planung.

Es gibt noch viel zu tun. Mehrere Etappen müssen bewältigt werden und wir dürfen dieses – ihr dürft dieses – einmalige Projekt politisch begleiten. Am Schluss winkt ein dynamisches, pulsierendes Kernstück unserer Stadt, an welchem wir alle noch lange Freude haben werden. Die Stadtkaserne. Unsere Stadtkaserne? Auf jeden Fall!

Gemeinderat Christian Mader (EDU), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Danke dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Unsere Stadtkaserne nicht aus der Hand geben lautet die Überschrift zu dieser Interpellation. Ich füge an, sofern wir sie dann irgendwann einmal haben oder sie nutzen können. Denn aktuell können wir noch nichts aus der Hand geben, weil wir noch nichts in der Hand haben. Aktuellster Stand einer Übernahme ist gemäss der Interpellationsantwort das Jahr 2023. Eine Überraschung ist der erneut nach hinten verschobene Übernahmezeitpunkt nicht, wird doch schon über 30 Jahre davon gesprochen. Die Beantwortung der einzelnen Fragen zeigt auf, dass die Eigentümerin armasuisse Immobilien und die Stadt Frauenfeld eine langfristige, wirtschaftliche, selbsttragende Nutzung der Stadtkaserne anstreben. Unsere Fraktion unterstützt dieses Vorgehen und warnt eindringlich vor einem Konstrukt, das sich zu einem Kostenverursacher für die Stadt entwickeln könnte. Dieses Ziel soll durch die drei Eckpfeiler Nutzungskonzept, Trägerschaft und Baurechtsvertrag erreicht werden.

Der Beantwortung von Frage 3 entnehmen wir, dass die armasuisse Immobilien der Stadt Frauenfeld die Kaserne jedoch einzig im Baurecht anbieten wird. Ob das verhandelbar ist, bezweifelt unsere Fraktion. Aus unserer Sicht ist für die Entwicklung der Stadtkaserne eine zeitnahe Aus handlung eines Baurechtsvertrags von zentraler Bedeutung. Das Verhandlungsergebnis ergibt die Grössenordnung der Baurechtszinsen, dies ist von grosser Relevanz für eine Ausgestaltung des Nutzungskonzepts und die verschiedenen Nutzungstypen. Die Schaffung dieser Rahmenbedingungen und Grundlagen fordert unsere Fraktion eindringlich, damit eine Trägerschaft die erfolgreiche Entwicklung vorantreiben kann. Ohne Antwort auf diese Schlüsselfragen wird die Entwicklung schwierig. Denn wenn der Stadtrat keine verlässlichen Eckdaten liefern kann, geht es nicht vorwärts.

Den Antworten zu den weiteren Fragen entnehmen wir, dass der Stadtrat die operative Führung von Betrieben ausschliesst, aber Kontroll- und Steuerungsaufgaben gegenüber der Trägerschaft ausüben will. Des Weiteren begrüssen wir eine offene Kommunikation, die angezeigt wird und dass Kreditbeschlüsse durch den Gemeinderat oder auch das Volk verabschiedet werden müssen. Ich danke für Ihr Verständnis und Ihr Zuhören bei dieser Hitze.

Gemeinderat Samuel Kienast (EVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Geschätzte Interpellanten, es scheint, dass ihr mit dem Titel eine Inspiration für verschiedene Redner gebracht habt. Auch wir wollen etwas zu unserer Stadtkaserne sagen. Wir werden uns natürlich freuen, wenn die Stadtkaserne dereinst zum pulsierenden Leben von Frauenfeld ihren Teil beiträgt, aber im Moment gehört sie noch dem Bund oder genauer der armasuisse. Zudem, wenn man "unser" versteht im Sinn von Besitzer und Betreiber der Stadtkaserne, dann möchten wir

auch eigentlich nicht, dass es in Zukunft "unsere Stadtkaserne" ist. Wir denken nicht, dass es die Aufgabe der Stadt sein wird, die Kaserne zu besitzen und zu führen. Aber natürlich soll die Stadt eine führende Rolle spielen in der Planung, wie es ja mit dem Nutzungskonzept, mit dem Ideenwettbewerb schon eingeleitet worden ist, auch mit der Befragung der Bevölkerung, auch mit dem Einbezug des Parlaments. Natürlich soll die Stadt führend sein und wir wollen da auch informiert werden und mitdiskutieren.

Eine gewisse Beteiligung an der Trägerschaft soll sein, das ist richtig so. Aber die Trägerschaft soll extern gesucht werden, wie das auch in der Antwort beschrieben wird. Für uns in der Fraktion CVP/EVP ist es wichtig, dass nicht nur eine sinnvolle Nutzung der Stadtkaserne angestrebt wird, sondern auch wirklich eine, die langfristig selbsttragend ist.

Na ja, und dann zum Baurecht: Schade, dass das eine Bedingung ist. Aber wer weiss, vielleicht ändern die Modalitäten ja wie die Zeitpunkte der Übernahme und es könnte sich doch irgendwann ändern, dann würden wir uns freuen, wenn die Möglichkeit bestehen würde, die Stadtkaserne zu kaufen, natürlich zu einem Preis, wie er für die öffentliche Zone üblich ist.

Wir sind dankbar für die Anfrage, wodurch wir gut über den Stand informiert wurden. Es steht für uns nicht viel Neues darin ausser dem neuen Übernahmezeitpunkt. Wir sind mit der Marschrichtung, die der Stadtrat vorschlägt und eingeschlagen hat, einverstanden und sind gespannt, wie es weitergeht. Wir haben die Beantwortung gern zur Kenntnis genommen.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Der Stadtrat schreibt, dass er sich bewusst sei, dass eine zeitnahe Information zu Entscheidungen über die Planung sowie über zentrale Änderungen für den Gemeinderat und die Bevölkerung von Bedeutung sind. Nun, entweder passierte in den letzten Monaten viel zu wenig oder es wurde viel zu wenig informiert. Wir bitten den Stadtrat, in Zukunft zwei Mal jährlich einen kleinen Statusbericht zu veröffentlichen. Denn damit könnten auch Interpellationen wie diese verhindert werden und die Öffentlichkeit weiss, wie es mit diesem zentralen und auch kostenintensiven Thema weitergeht, bzw. wie es zurzeit steht.

In der Frage 2 schreibt der Stadtrat in der Antwort, dass ein Abtausch nach Abklärungen nicht möglich sei. Wir wünschen uns, dass der Stadtrat in der neuen Zusammensetzung die Landkarte nochmals auf den Tisch legt, seine Köpfe darüber hält, die Finger auf gewisse Punkte legt, um der armasuisse dann auch ein Angebot zu machen. Vielleicht besitzen wir doch noch ein Stück, das für sie interessant und für uns verzichtbar ist.

Zur erwähnten Trägerschaft haben wir uns ebenfalls einige Gedanken gemacht, denn das gesamte Projekt steht und fällt unserer Meinung nach mit der Trägerschaft. Ein an diversen Orten, auch in Frauenfeld, bewährtes Modell ist die Genossenschaft. Darin und daran können sich alle interessierten Beteiligten in ihrem Mass gestalten und mitarbeiten. Dabei darf die Stadt aber nicht komplett aussenvor bleiben. Sie muss sich ein Veto- und Kontrollrecht bei gewissen Entscheidungen vertraglich sichern. Grobe Nutzungsabsichten zu regeln, wie dies in der Interpellationsbeantwortung beschrieben wird, kann im schlechtesten Fall nicht reichen. Und vorbeugen ist besser als heulen, das hat uns die Kapo schon als Kinder beigebracht.

Was uns ebenfalls wichtig ist, ist, dass die Kaserne Zeit hat, sich komplett zu entwickeln. Sprich, es muss und soll nicht vom ersten Tag an alles besetzt und verbaut sein. Eine gewisse Offenheit soll noch bestehen, damit die Ideen auch mit der Zeit noch auf fruchtbaren Boden treffen.

Zuletzt möchten wir den Stadtrat noch bitten, am Thema Museum dranzubleiben. Die restlichen Standorte im Kanton, die sich dafür interessieren, schlafen nicht. Bei uns aber bekommen wir manchmal schon das Gefühl, das Thema sei etwas eingeschlafen. Deshalb auch hier: Eine regelmässige Information wäre für alle vorteilhaft. Besten Dank dem Stadtrat für die Antworten und hoffentlich für die Aufnahme unserer Anliegen. Genauso, wie wir es sehen, ist die Stadtkaserne für alle, also auch für uns.

Gemeinderat Philipp Geuggis (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Die Fraktion FDP dankt dem Stadtrat und allen Beteiligten für die ausführliche Beantwortung der Interpellation zur Stadtkaserne. Wir erachten das Kasernenareal ebenfalls als sehr wichtiges Gebiet für die Stadt Frauenfeld und für die zukünftige Entwicklung. Allerdings sind wir klar der Ansicht, dass es nicht Aufgabe der Stadt ist, bauliche Massnahmen zu finanzieren oder den zukünftigen Betrieb, wie auch immer dieser aussehen wird, zu übernehmen. Der Stadtrat sieht das auch so und die zentrale Aussage in der Beantwortung der Interpellation ist auf Seite 4 zu finden. Dort heisst es: "Der Stadtrat sieht es nicht als Aufgabe der Stadt Frauenfeld, den Betrieb der Stadtkaserne stadintern wie zum Beispiel das Casino operativ zu führen. Für die Stadtkaserne soll eine Trägerschaft mittels öffentlicher Ausschreibung inklusive grober Nutzungsabsichten gesucht werden." Die Interpellanten schreiben, dass das Interesse von verschiedenen Kreisen an der Nutzung der Liegenschaften gross sei. Das mag durchaus der Fall sein. Die Fraktion FDP möchte an dieser Stelle aber zu bedenken geben, dass die aktuellen Räumlichkeiten der Stadtkaserne nicht nahtlos weitergenutzt werden können, selbst eine temporäre Nutzung ist nicht möglich, weil die baulichen Voraussetzungen dafür, insbesondere Brandschutz, nicht gegeben sind. Daher sollten aus unserer Sicht keine Hoffnungen auf eine kurzfristige Nutzung geweckt werden. Auch der Fraktion FDP ist aufgefallen, dass die Interpellanten von unserer Stadtkaserne sprechen und dass wir diese nicht aus der Hand geben sollen. Hier sollte auch aus unserer Sicht berücksichtigt werden, dass diese Liegenschaft nicht der Stadt, sondern dem Bund gehört. Und gerade im Hinblick auf Verhandlungen mit der armasuisse sollte diese Ausgangslage im Hinterkopf behalten werden. Wir sollten uns bewusst sein, dass der Stadtrat nicht nur die eigenen Interessen durchsetzen können wird.

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP): Ich begrüsse Gemeinderat Thomas Gemperle. Wir sind somit 35 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte; das absolute Mehr beträgt immer noch 18.

Gemeinderätin Irina Meyer (GLP), Referentin im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: In unserer Fraktion wurde die Beantwortung dieser Interpellation rege diskutiert. Der erste Eckpfeiler Nutzungskonzept ist uns besonders wichtig. armasuisse Immobilien darf aus unserer Sicht nicht die Taktgeberin bei der Entwicklung zukünftiger Nutzungsformen sein. Und dies ist seit spätestens März dieses Jahres klar, dass die Stadt inhaltlich den Lead haben muss. Diese Tatsache, dass die Stadt den Lead für die Nutzungen haben muss, sehen wir als notwendig für eine gelungene Übernahme der Stadtkaserne im Jahr 2023. Wir stellen uns unter anderem vor, dass die Stadt als Hauptbaurechtsnehmerin verschiedene Zonen des Kasernenareals Hauptflügel, Nebenflügel, ID-Halle mittels verschiedener Unterbaurechtsverträge o.ä. an verschiedene Trägerschaften weitergeben könnte. Dies würde die Mischnutzungen, wie es alle Parteien gefordert haben, fördern und im Idealfall die Komplexität bei den Verhandlungen etwas reduzieren. Ein anderer zentraler Aspekt ist für uns das Thema der unterschwelligten temporären Zwischennutzungen in den Flügelbauten oder in der ID-Halle, wie sie heute mit dem Stadtlauf oder mit anderen Events bereits stattfinden. Wir denken an Events wie Wochenmärkte, monatliche Flohmärkte.

te, Messen usw. In den Flügelbauten könnten Workshops, Jugendtreffs oder kleine Pop-up-Stores als Zwischenmieter einquartiert werden. Wichtig dabei ist, dass solche Zwischennutzungen aus unserer Sicht bereits heute schon möglich wären. Mit kleinen Schritten können wir Frauenfelder uns so diesen Teil von Frauenfeld aneignen. Und wenn das Militär 2023 definitiv aus der Innenstadt abzieht, kann der Stadtrat dann fliessend das Gewinnerprojekt mit dem Ideenwettbewerb umsetzen. Mit dem Vorteil, dass die Hülle bereits mit städtischem Leben gefüllt ist.

In der Stadt sind momentan verschiedene städtebauliche Überlegungen im Gang. So wurde in der Spezialkommission 2030 über das Entwicklungsgebiet Murgbogen informiert. Hier stecken Trümpfe für die Verhandlungen der Stadt mit armasuisse Immobilien. Für einen guten Deal beim Kasernenareal könnte man im Gegenzug im Murgbogen bei der Umzonung der Grundstücke der armasuisse Immobilien rund um das Eidgenössische Zeughaus entgegenkommen. Schade, dass sich die Verhandlungen wegen der Hinhaltetaktik aus Bern schon so lange hinziehen. Das darf uns aber nicht entmutigen. Die Fraktion CH/Grüne/GLP begrüsst es, wenn der Stadtrat weiterhin aktiv den Kontakt mit armasuisse Immobilien sucht und einen guten Deal für eine belebte Stadt ausmacht.

Gemeinderätin Sandra Kern (CH), Referentin im eigenen und im Namen der Interpellanten: Ich möchte mich ganz herzlich bedanken für die meist sehr wohlwollenden Voten. Wir sehen, wie auch Robin Kurzbein gesagt hat, dass wir uns in der Stossrichtung wohl alle einig sind. Es soll ein Zentrum werden, ein riesiges Zentrum für die gesamte Bevölkerung. Daher kommt auch unser Name "unser", denn es ist unsere Stadtkaserne, es ist unser Zentrum und das soll es auch werden. Viele haben auch erwähnt, es gibt ja nicht viel Neues, was wir jetzt bereits beeinflussen können oder was jetzt ansteht oder was wir Neues erfahren hätten. Aber aus unserer Sicht ist es trotzdem wichtig, dass wir heute schon darüber reden, wie auch in den letzten Jahren immer wieder. Wir müssen die Wichtigkeit betonen, denn dieses Areal ist so gross und birgt ein so riesiges Potenzial, man kann es sich fast nicht vorstellen. Als wir letzthin mit CH die Kaserne besichtigen durften, waren wir überwältigt, fast schon überfordert und haben gedacht, wie geht das? Darum müssen wir alle an einem Strang ziehen und diese Chance wirklich nicht aus der Hand geben. Das ist das, was wir mit diesem Titel gemeint haben. CH befasst sich schon seit fast 30 Jahren mit diesem Thema, und es werden doch heute Richtungsentscheide gefällt. Ich glaube, diese Diskussion heute ist auch wichtig, um dem Stadtrat den Rücken zu stärken, dass wir gemeinsam dahinterstehen, wie er vorgeht und dass es wirklich für uns alle wichtig ist. Ich möchte noch ganz kurz drei Punkte betonen, auch hier nochmals zur Stärkung des Stadtrats:

Die Federführung dürft ihr übernehmen, ihr dürft mutig sein. Wir haben ein bisschen Verhandlungsspielraum und der Kauf ist in unseren Augen wirklich noch nicht aus der Welt geschafft. Wichtig ist auch, was Irina Meyer betont hat, dass falls im Baurecht erworben, die Trägerschaften vielleicht auch aufgeteilt werden und unterschiedliche Unterbaurechte weitergegeben werden, dass die Möglichkeit für Flexibilität und für unterschiedliche Nutzungen besteht. Und was auch wichtig ist, obwohl betont wurde, dass das vielleicht nicht möglich ist, aber in irgendeiner Art muss es irgendwie möglich sein, dieses Areal darf nicht leer stehen. Dieses Areal ist so gross wie die Altstadt und die Vorstadt zusammen. Wenn das jahrelang leer steht, bis man weiss, wie es abläuft, verlieren wir wirklich auch eine Chance. Darum muss an Zwischennutzungen gedacht werden.

Zum Schluss: Es würde mich wahnsinnig freuen, wenn wir heute schon nach dieser hitzigen Debatte zusammen nachher in die Kaserne gehen könnten, dort ein Bier oder ein Glas Wein

bestellen, uns freuen, dass wir gemeinsam einen Ort haben, wo wir uns begegnen können. Aber ich freue mich auch, wenn das halt vielleicht noch zehn Jahre dauert.

Stadtrat Andreas Elliker (SVP): Als Erstes möchte der Stadtrat den Interpellantinnen und Interpellanten einen Dank aussprechen für die Interpellation und die wohlwollenden Worte aus dem gesamten Gemeinderat. Ich kann Ihnen versichern, der Stadtrat ist sich bewusst, dass das Kasernenareal für die Stadt sehr wichtig ist. Die Besitzerin ist, wie heute schon mehrfach erwähnt, die Schweizerische Eidgenossenschaft, vertreten durch die armasuisse Immobilien. Diese ist die Verhandlungspartnerin der Stadt. Man kann hier von einer Übernahmeregelung sprechen. Wie ihr aus der Interpellation lesen könnt, hat die armasuisse Immobilien der Stadt klar mitgeteilt, dass die Stadtkaserne nur im Baurecht zu haben ist. Ich versetze mich jetzt in den Verhandlungspartner armasuisse. Würden Sie ein Goldstück am Bahnhof abgeben? Einfach aus dieser Perspektive. Nicht, dass der Stadtrat nicht bereit wäre, dies zu kaufen oder zu übernehmen, aber dafür bräuchte es wahrscheinlich den Gemeinderat, das ginge nicht ohne. Es wäre auch einfacher für die gesamte Planung der Stadtkaserne. Zum jetzigen Zeitpunkt ist klar, dass die Stadtkaserne 2023 im Baurecht an die Stadt übergehen würde. Ich habe aus dem Gemeinderat entnommen – mittlerweile sind 35 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte da –, dass eine grosse Mehrheit sie käuflich erwerben oder übernehmen möchte. Ich als neugewählter Stadtrat, neuer Departementsvorsteher, kann das eventuell nochmals probieren. Ich denke zwar, meine Vorgänger haben da nicht einen schlechten Job gemacht. Sie haben das Möglichste versucht, wie auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt, die in diesen Prozess involviert sind.

Noch etwas zur Zwischennutzung, während die Armee das Areal für sich beansprucht: Als ehemaliger Soldat der Schweizer Armee kann ich mir nicht vorstellen, dass die armasuisse dies machen würde, weil sie das Areal nutzen wollen, wann sie wollen. Das ist das Gleiche wie mit der Dreifachturnhalle im Auenfeld. Dort können die Vereine auch nicht abends in die Halle, nicht untertags mit der Schule etc. Das ist leider so. Das habe ich nicht abgeklärt, aber das ist meine Interpretation.

Möglichkeiten und Interessen der Stadt Frauenfeld: Die Stadt Frauenfeld hat zusammen mit der armasuisse Immobilien einen städtischen Ideenwettbewerb veranstaltet. Das Ergebnis zeigt, welche Nutzungen für die Stadtkaserne angemessen und sinnvoll sind. In der Beantwortung der Interpellation ist ein Link mit weiteren Informationen aufgeführt. Kurz zusammengefasst: Im Hauptgebäude ist überwiegend eine Nutzung des Dienstleistungssektors angezeigt. In den Seitenflügeln, den alten Reitstallungen ist eine Zwischennutzung oder eine Neugestaltung möglich und die denkmalgeschützte Doppelreithalle könnte als Begegnungsort dienen.

Noch etwas zum Museum: Soweit ich informiert bin, ist diese Frage von Gemeinderat Pascal Frey noch aufgekomen. Unser Stadtpräsident Anders Stokholm hat sich im Kantonsrat schon mehrfach für den Standort Museum Thurgau eingesetzt, dies auch mit Voten.

Zum heutigen Zeitpunkt wäre die Stadt erste Baurechtsnehmerin, was den grossen Vorteil mit sich bringt, dass die Stadt den Nutzungsmix mitbestimmen kann. Das Areal der Stadtkaserne ist in nächster Nähe zum Frauenfelder Bahnhof und Altstadt. Es ist ein spannendes, interessantes Gebiet für Investoren. Wenn eine Genossenschaft etwas investieren möchte, könnte sie da sicher mitmachen. Die armasuisse Immobilien hat auch klar signalisiert, dass der Baurechtszins stark von der Nutzung abhängt. Für den Stadtrat, in Abstimmung mit den Verantwortlichen der armasuisse Immobilien, ist klar, dass aus Entwicklung und Übernahme der Stadtkaserne im Bau-

recht für die Stadt und den Steuerzahlenden eine gute schwarze Null resultieren muss. Die Stadt steht im Moment aber immer noch in den Verhandlungen bezüglich Baurechtsvertrag.

Gründe der Stadt, ich will das nochmals erhärten. Dieses Gebiet in Bahnhofnähe ist für den Frauenfelder Stadtrat sehr wichtig und ist eines der Schlüsselareale, wie von Gemeinderätin Sandra Kern schon erläutert, ist so gross wie die Vorstadt und Altstadt, für die gesamte Entwicklungsplanung der Stadt Frauenfeld. In der Interpellation versuchte der Stadtrat alles aufzuzeigen, was im Moment an Informationen vorhanden ist. Die Verhandlungen zum Baurechtsvertrag laufen, da war ich noch an keiner Sitzung dabei, das muss ich offen sagen. Von Gemeinderat Samuel Kienast wurde eine allfällige öffentliche Zone erwähnt. Dies bringt auch gewisse negative Sachen mit sich bezüglich Nutzungsmix, aber ich bin nicht hundert Prozent sicher. Ich habe aber in meiner kurzen Zeit als Departementsvorsteher schon mitbekommen, dass es nicht so einfach ist, wenn man eine Zone ändert. Ich glaube nicht, dass die armasuisse daran nur Freude hätte. Wenn es weitere Fragen zur Stadtkaserne gibt, ist meine Bürotür oder mein Telefon oder mein E-Mail vorhanden. Wenn es Neuerungen gibt, ist der Stadtrat sich bewusst, dass der Gemeinderat entsprechend informiert werden muss. Ich habe aber noch eine Botschaft an den Gemeinderat. Felix Keller hat der Stadt zugesagt, dass der Gemeinderat zu einem Besuch in der Stadtkaserne eingeladen wird.

16

BERICHTERSTATTUNG ZUR UMSETZUNG DES REGLEMENTS ÜBER DIE FÖRDERUNG VON PREISGÜNSTIGEM WOHNRAUM KENNTNISNAHME

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP): Mit Botschaft Nr. 44 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 19. März 2019 haben wir den Bericht zur Umsetzung des Reglements über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum erhalten. Mit Beschluss des Gemeinderats vom 4. Juli 2018 im Zusammenhang mit der Gesamtrevision des Baureglements muss der Stadtrat einmal pro Legislatur dem Gemeinderat Bericht erstatten. Der Stadtrat erachtet es als zweckmässig, dies am Ende der Legislatur zu machen, was er mit der vorliegenden Botschaft tut.

Gemeinderätin Félicie Haueter (SP), Referentin im Namen der GPK Finanzen und Administration: Die Berichterstattung zur Umsetzung des Reglements über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum wurde in der GPK intensiv diskutiert. Allgemein wurden die zügige Erarbeitung des Reglements und der Einschluss der städtischen Liegenschaften als positiv angesehen. Ebenso, dass auch Mehrgenerationenwohnen sowie Vorschläge der Initianten zu geeigneten Grundstücken berücksichtigt worden waren. Kritisiert wurden der magere Bericht und die schleppende Umsetzung des Reglements. Im Besonderen wurden folgende Themenfelder diskutiert:

Zum Kapitel A1 der Abgabe von Grundstücken: Hier wurde diskutiert, ob Grundstücke an Toplagen wie zum Beispiel der Werkhof nicht besser verkauft werden sollten, da für dasselbe Geld mehrere Grundstücke an weniger attraktiven Lagen erworben werden könnten. Dazu muss bedacht werden, dass es im Reglement nicht um eine Förderung von Sozialwohnungen geht, sondern um erschwinglichen Wohnraum für alle und eine gute soziale Durchmischung. Es sollen dezidiert auch Grundstücke an guten Lagen eingeschlossen sein, die dann für einen guten, aber nicht überhöhten Preis vermietet werden können. Es wurde die Frage gestellt, warum beim

Grundstück am Wellhauserweg die Schätzung des Grundstücks ca. ein Jahr dauerte. Laut Stadt ist es wichtig, dass alle Schätzungen von der gleichen Stelle durchgeführt werden, und diese hätte selbst mit Priorisierung des Grundstücks so lange gedauert. Ebenfalls wurde infrage gestellt, ob die Schätzungsmethode aufgrund der hypothetischen Mieterträge zweckmässig sei bei Projekten für preisgünstigen Wohnraum.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Frage, warum nicht mehr Grundstücke im Baurecht abgegeben werden, statt diese zu verkaufen. Das Land würde in Stadtbesitz bleiben und statt eines einmaligen Gewinns durch den Verkauf würde die Stadt langfristig stetige Erträge erhalten. Es wurde in der GPK der Wunsch nach der baldigen Fertigstellung der angekündigten Liegenschaftsstrategie geäussert.

Zum Kapitel A2 Erwerb von Grundstücken: In der GPK wurde angemerkt, dass die Stadt beim Erwerb von Grundstücken als zögerlich und zu wenig aktiv wahrgenommen wird. Die Stadt hat den Vorteil, dass sie für einen Wiederverkauf lange warten kann, auch wenn sie einen guten Preis zahlen muss, sodass am Ende die Wahrscheinlichkeit einer Rendite da ist. Dass aktuell der Erwerb von Grundstücken schwierig ist, wäre nach Ansicht der GPK auch ein weiteres Argument, Land primär im Baurecht abzugeben.

Zum Kapitel B Vermietung der städtischen Wohnliegenschaften: Von den 88 Wohnungen in städtischem Besitz könnten rund drei Viertel in Kostenmiete abgegeben werden. Schaut man die aktuellen Mietpreise an, werden aktuell ca. zwei Drittel der Wohnungen über der Kostenmiete vermietet, einige wenige darunter. Von den aktuellen Mietern würden ca. 50 % die Bedingungen für eine Kostenmiete erfüllen. Daraus ergeben sich mehrere Fragen, mit denen sich die Stadt aktuell beschäftigt und welche in der GPK diskutiert wurden. Was passiert mit den bestehenden Mietern, die die Bedingungen für die Kostenmiete nicht erfüllen? Der Stadtrat möchte keine Kündigungen aussprechen. Und wie soll in Zukunft kontrolliert werden, ob bei einem bestehenden Mietvertrag die Bedingungen für eine Kostenmiete noch erfüllt sind und wie reagiert werden, wenn dies nicht mehr der Fall ist? Allgemein war die GPK der Meinung, dass die Stadt durch das Reglement den gesetzlichen Auftrag für die Umsetzung der Kostenmiete erhalten hat, sodass diese in einer städtischen Verordnung geregelt werden kann. Diese wird aktuell von der Stadt erarbeitet und die GPK ist gespannt auf das Resultat.

Die GPK Finanzen und Administration hat durch ihre ausgiebige Diskussion Kenntnis genommen von der vorliegenden Berichterstattung.

Gemeinderat Kurt F. Sieber (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Die Fraktion bedankt sich für die Berichterstattung. Die Fraktion versteht, dass die Übernahme der Liegenschaftenverwaltung durch die Stadt Frauenfeld einige Zeit in Anspruch nimmt. Dennoch erhofft sich die Fraktion, dass die Umsetzung zügig an die Hand genommen wird. Der Stadtrat ist angehalten, die Grundlagen für die Umsetzung, Vergabe und Kontrolle der Kostenmiete zu definieren und umzusetzen. Die Fraktion wünscht sich auch, dass die Berichterstattung nicht erst am Ende der Legislaturperiode erfolgt, sondern bereits in drei Jahren und danach dann im Vierjahresrhythmus erfolgt. Die Berichterstattung dürfte auch betreffend Informationsgehalt noch gesteigert werden. Die Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Gemeinderat Kurt F. Sieber (SVP, Referent im eigenen Namen): Ich erlaube mir, eine Zusatzbemerkung im eigenen Namen abzugeben. Ich würde mir persönlich wünschen, dass der

Stadtrat auch in der Innen- und Altstadt vermehrt Liegenschaften erwerben würde, um auch dort preisgünstigen Wohnraum anbieten zu können.

Gemeinderat Pascal Frey (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Kurz und knapp zur Berichterstattung, die der Stadtrat uns hier zur Kenntnisnahme vorlegt: Bei der Abgabe von Grundstücken wäre es noch interessant zu wissen, in welchem Stadium die Verhandlungen am Wellhauserweg stecken und ob der Stadtrat hier die in unserem Rat immer wieder gewünschte Abgabe im Baurecht entsprechend umsetzt.

Bei den Problemen bei der Vermietung haben wir es so verstanden, dass noch eine offene Frage sei, wie mit den Mieter/innen umgegangen werden soll, die bereits drin wohnen und wie in Zukunft eine wirtschaftliche Überprüfung der neuen und bereits wohnhaften Mieter/innen stattfinden soll. Da das Ziel ja eine Durchmischung der Wohnräume sein soll, würden wir eine pragmatische Vorgehensweise wählen. 1. Soll sicher eine Besitzstandsgarantie für die aktuellen Mieter/innen gelten. 2. Soll der wirtschaftliche Nachweis von der Mieter/innenseite kommen mit einem vorgegebenen Formular, das folgende beiden Optionen zum Ankreuzen und allenfalls Ausfüllen beinhaltet: 1. Ja, ich erfülle die Kriterien mit den entsprechenden Angaben zum Ausfüllen. 2. Nein, ich erfülle die Kriterien nicht mehr. Darunter die Unterschrift. Dieses Formular soll zurückgesandt werden und so kann die Kostenmiete relativ einfach umgesetzt werden oder eben nicht. Das Ziel soll klar sein, dass Neumieter/innen die Kriterien erfüllen. Wenn sie dann aber einen höheren Lohn erwirtschaften können, können sie zwar bleiben, bezahlen aber auch mehr. Soziale Gerechtigkeit für alle. Eine Unterbelegung, wie in Zürich, wird in Frauenfeld wohl schwierig bis unmöglich zu ahnden sein. Wenn aber in einer Familie oder Partnerschaft ein Weggang stattfindet, ist es wahrscheinlich nur bei Eltern, deren Kinder das Nest verlassen haben, möglich, dass die verbleibende/n Person/en sich eine zu grosse Wohnung leisten können. Bei anderen Szenarien wird wohl früher oder später das Geld nicht mehr reichen. Denn es sollen ja Wohnungen sein für Personen, die nicht so viel haben.

In diesem Sinn hoffen wir auf eine baldige Umsetzung des Reglements und auch der Liegenschaftsstrategie und nehmen die Berichterstattung zur Kenntnis.

Gemeinderat Christoph Regli (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Gemäss Art. 9 des Reglements über die Förderung von preisgünstigem Wohnen hat der Stadtrat einmal pro Legislatur über den Stand der Umsetzung des Reglements Bericht zu erstatten. Er tut dies nun nicht erst nach vier Jahren nach Inkrafttreten, sondern er tut dies bereits jetzt in der Legislatur, aber am Ende, deshalb können wir nicht mehr in der alten Legislatur darüber sprechen. Das Versanddatum nützt da wenig. Wünschenswert wäre ein Termin, der jeweils auch die Besprechung in der zu Ende gehenden Legislatur ermöglichen würde. Und weniger loblich ist unseres Erachtens auch die knappe Leistung, wenn man die Informationen in der Botschaft anschaut. Immerhin ist es bis zur GPK-Sitzung gelungen, die Liste der zur Nutzung für den Zweck des preisgünstigen Wohnens geeigneten Parzellen gemäss Art. 3 zu finden. Das Versteckspiel ist wohl nicht böser Absicht, sondern verschiedenen Missverständnissen zuzuschreiben. Dies erklärt, entschuldigt aber nicht. Für diese Liste wünschen wir uns einen Ausbau, und der ist nur durch Zukäufe möglich, wie dies in Ziff. 4 von Art. 2 auch gefordert wird. Natürlich bekommt man auch als Stadt den Zuschlag nur dann, wenn ein angemessener Preis geboten wird. Überhöhte Landpreise sollen auch aus unserer Sicht nicht bezahlt werden. Wenn wir aber fast auf Geschenke warten, dann werden wir nie Erfolg haben. Entsprechend müssen somit halt unter Umständen auch als hoch erachtete Preise bezahlt werden. Was gab es nämlich noch nie? Es gab meines Erachtens noch nie, dass der Wert von Land nach einer allfälligen Preiskorrektur nach unten

nicht bereits nach einer überschaubaren Zeit den Kaufpreis wieder markant überflügelte. Ob ein Preis hoch oder tief war, wird eigentlich erst bei einem Verkauf entschieden, und verkaufen wollen wir unter normalen Umständen ja ohnehin nicht. Und wer kann besser abwarten, bis die Preise stimmen, als die Stadt? Natürlich führt ein höherer Kaufpreis tendenziell auch zu höheren Kosten für einen Baurechtsnehmer, aber da haben wir ja etwas Spielraum. Interessant wären regelmässige Kontakte mit potenziellen Baurechtsnehmern, dann gäbe es Fakten, bis zu welchen Baurechtszinsen resp. Bodenpreisen, die Baurechtszinsen auslösen, wir innert nützlicher Frist auch Abnehmer finden würden. Generell muss wahrscheinlich festgehalten werden, dass bei diesen Geschäften der potenzielle Käufer oder Baurechtsnehmer das Tempo angibt. Das heisst nicht, dass die Stadt immer einfach nachgeben soll, aber dass die Stadt immer zügig Antworten geben und Interesse zeigen muss. Und da scheint es Verbesserungspotenzial zu geben, wenn wir die Zusatzinformationen zur Botschaft richtig interpretieren. Land findet man häufig nur durch Zufall und/oder Beziehungen. Letztere gilt es vor allem zu suchen und zu nutzen, da man den Zufall bekanntlich ja nicht wirklich beeinflussen kann.

Zum Thema städtische Liegenschaften: Hierzu ist der Bericht leider noch dürftiger und es werden eigentlich nur Probleme und keine Lösungen dargestellt. Dies wurde im Rahmen der GPK insbesondere mit den nachträglichen Beilagen markant verbessert. Herzlichen Dank. Zum Beispiel die Liste der betroffenen Wohnungen und die Gedanken, die sich der Stadtrat zu möglichen Lösungen und den damit verbundenen Problemen schon gemacht hat. Es ist nämlich vieles vorhanden, aber leider nichts in der Botschaft.

Zu den Wohnungen, die dank Kostenmiete günstiger vermietet werden könnten: Fakt ist, dass Mieter bisher mit den Mietzinsen einverstanden waren und diese bezahlen konnten. Soll man lieber hier auf Einnahmen verzichten oder lieber das Geld in günstige Baurechtszinsen investieren? Vermutlich ist aufgrund des Reglements längerfristig beides zu machen, aber man muss hier ja nicht zu forsch vorgehen. Voraussichtlich wird es eine gestaffelte Umsetzung geben müssen, um den bisherigen Mietern, die die Kriterien nicht erfüllen, nicht vor den Kopf zu stossen. Das heisst, dass die Frist von Art. 11 Ziff. 1 nur bedeuten kann, dass bis dann das Vorgehen definiert ist und die effektive Umsetzung mit den Mietern, die die Kriterien erfüllen und von den tiefen Zinsen profitieren wollen, umgesetzt wird. Alles andere wäre einer Stadt als Vermieterin nicht würdig. So entsteht automatisch eine Staffelung und es belasten nicht von Anfang an zu hohe Mietausfälle die Stadtrechnung. Wobei wir uns bewusst sind, dass diese Ausfälle durch das Reglement bewusst gefördert wurden und werden. Über den Mecano der Umsetzung und die Kriterien möchten wir als Gemeinderat dieses Jahr informiert werden, da dies ja budgetrelevant ist.

Etwas überraschend war für uns, dass es auch Wohnungen gibt, die unter dem Preis der Kostenmiete vermietet sind. Vielleicht ist die Berechnung nochmals zu überprüfen und möglicherweise kann man herausfinden, wie dies entstanden ist. Jedenfalls sind auch hier Anpassungen nur rechtlich korrekt und wahrscheinlich unter Wahrung des Besitzstands vorzunehmen. Wir sind der Meinung, dass für vergünstigte Baurechtszinsen die normalen Kompetenzen der GO gelten, ebenso bei Landverkaufspreisen, wobei wir wie gesagt Baurechte markant bevorzugen würden. In diesem Sinn haben wir die zu schlanke Botschaft dank der vielen Ergänzungen dann doch dankend zur Kenntnis genommen.

Gemeinderat Michael Lerch (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Die Mitglieder der Fraktion haben die Berichterstattung zur Umsetzung des Reglements über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum zur Kenntnis genommen. Die Fraktion stellt fest, dass sich bisher

noch nicht viel getan hat. Dies ist aber aufgrund der Ausgangslage auch bis zu einem gewissen Grad verständlich. Wir erwarten jedoch, wie vom Stadtrat auch in Aussicht gestellt, dass per Ende Jahr die notwendigen Grundlagen geschaffen sind. Sicherlich wird im Rahmen der städtischen Liegenschaftenstrategie, welche auch schon lange erwartet wird, die eine oder andere Weiche gestellt werden. Wir sind der Meinung, dass die Stadt wieder vermehrt Liegenschaften erwerben soll, um so die Entwicklung stärker zu lenken. Dies gilt für uns einerseits bei Land in der Gewerbe- und Industriezone, aber auch in der Wohnzone. Wir sind der Überzeugung, dass der Stadtrat in der Öffentlichkeit regelmässig bekannt machen muss, dass die Stadt daran interessiert ist, geeignete Liegenschaften zu erwerben, und zwar zu vernünftigen Preisen. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass die Stadt soweit möglich Einfluss nimmt, dass eine gute Durchmischung bei der Bevölkerung in den Quartieren stattfindet. Der gute Bevölkerungsmix oberer Mittelstand, unterer Mittelstand, jung, alt, Schweizer, Nicht-Schweizer etc. macht die Qualität der Quartiere aus. Wir sind daher auch überzeugt, dass nicht alle Liegenschaften der Stadt, welche sich in der Wohnzone befinden, dem Reglement über die Förderung von preisgünstigem Wohnraum unterstellt werden dürfen, denn so würde allenfalls der Bevölkerungsmix nicht erreicht werden. Wir erwarten, dass in den nächsten Monaten bei diesem Thema mehr Bewegung reinkommt, denn die Mietwohnungen, welche auf dem Markt sind, haben relativ hohe Preise. Diese sind insbesondere für Personen mit tieferen Einkommen und vor allem auch für Familien kaum mehr erschwinglich. Die Fraktion FDP ist unter Berücksichtigung der vorgenannten Ausführungen mit dem Bericht einverstanden.

Gemeinderat Peter Hausammann (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP:

Die Erhaltung und Schaffung von bezahlbaren, guten Wohnungen – das ist ja der Zweck des Reglements – ist wichtig und bleibt wichtig. Gerade für Frauenfeld, weil der Siedlungsdruck vom Westen anhält und anhalten wird und weil ja die Stadt Frauenfeld gemäss kantonalem Richtplan doch eine wichtige Rolle bei der künftigen Siedlungspolitik spielen wird. Nochmals positiv zu würdigen ist deshalb 1. Die Behandlung der Wohninitiative durch den Stadtrat und die zügige und gute Schaffung eines Wohnbauförderungsreglements als Gegenvorschlag, den die Initianten und die grosse Mehrheit unseres Rats akzeptieren konnten; 2. Die Schaffung eines zweiten Teils, das ist der Abschnitt 3 im Reglement zum Thema städtische Liegenschaften durch den Stadtrat selber. Das ist ja das, was wir fordern, aktives, eigenes Engagement zusätzlich zur Initiative. Das war damals für uns ein fulminanter Einstieg des neuen Stadtpräsidenten. Und auch in der Umsetzung des Reglements gibt es positive Punkte, das wurde bereits gesagt, das Projekt Generationenwohnen wurde wohlwollend aufgenommen und begleitet und die Liste gemäss Art. 3, die zwar etwas spät gekommen ist, aber sie ist gekommen, die Initianten wurden begrüsst und ihre Anregungen erfreulicherweise weitgehend berücksichtigt. Insgesamt erfolgte die Umsetzung des Reglements indessen eher schleppend, ich sag's auch noch, das ist eigentlich unisono der Ton hier im Rat. Das Gesetz trat immerhin vor knapp drei Jahren in Kraft und der Bericht ist wahrlich mager ausgefallen. Offenbar gab es halt nicht mehr zu berichten, weil nur wenig gemacht wurde. Damit sind wir nicht zufrieden, das muss gesagt werden. Es ist einiges noch nachgereicht worden, aber es ist eben mühsam, wenn es mündlich in der GPK nachgereicht wird, dann muss man nochmals nachhaken etc. Bringt doch einfach ein bisschen mehr in die Botschaft.

Zu Teil 1 des Berichts, das sind die Massnahmen zur Wohnbauförderung. Zuerst zur Abgabe von Grundstücken. Die Stadt reagiert gut, das muss ganz klar gesagt werden, wenn ein Projekt oder eine Anfrage kommt. Was fehlt, ist eben hier das eigene aktive Engagement. Es reicht nicht, die beiden Frauenfelder Wohnbaugenossenschaften anzufragen. Da braucht es ein bisschen mehr. Hier unterstützen wir ausdrücklich die bereits gefallenen Voten, die das Baurecht unterstützen.

Aus grundsätzlichen Überlegungen, Tafelsilber nicht verscherbeln und finanzpolitisch lieber stetig Erträge, welche die Erfolgsrechnung verbessern als einmalige hohe Gewinne, die vor allem das eh schon hohe Eigenkapital erhöhen.

Auf der anderen Seite zum Erwerb von Grundstücken: Es ist eine Binsenwahrheit, aber Grundstücke können nur abgegeben werden, wenn man auch Grundstücke erwirbt. Und da bin ich sehr froh und danke bestens den Fraktionen CVP/EVP und FDP, die auch sagen, dass die Stadt hier Gas geben muss und hier viel mehr machen muss. Die Stadt hat kein einziges Grundstück gekauft und sie hat nur einen einzigen Versuch für einen Kauf gemacht. Das ist zu wenig. Der Stadtrat sagt dazu, er sei nicht bereit, aus seiner Sicht überhöhte Baulandpreise zu bezahlen. Natürlich ist die Höhe des Preises ein wichtiger Faktor und das mag im Einzelfall auch ein Argument sein. Fantasiepreise zahlen wollen auch wir nicht. Aber es genügt natürlich nicht, um eine Untätigkeit zu begründen. Ja natürlich sind die Landpreise heute höher als vor fünf Jahren, sie sind in der Tat gestiegen. Aber sie sind gestiegen, seit wir verlässliche Zahlen darüber haben. Kollege Regli hat darüber schon Ausführungen gemacht, und ich möchte das noch unterstützen mit einem Bild, mit dem klassischen Diagramm X-Achse «Zeit» und Y-Achse «Preis». Und dann haben wir eine Kurve mit den Landpreisen, die tendenziell von links unten nach rechts oben geht. Es ist ein ähnliches Bild wie bei einem Aktienindex, zum Beispiel unserem lieben SPI, nur flacher und mit weniger Volatilität. Aber entscheidend ist, dass ein langfristiger Investor ruhig schlafen kann, sehr ruhig, wenn er in Immobilien investiert. Und wer, wenn nicht die Stadt, ist ein langfristiger Investor? Zudem haben wir ein Eigenkapital von insgesamt 175 Millionen Franken und eine Topbonität. Also 1. Land kaufen und 2. Land kaufen. Seit 1. Juli 2016 hat die Stadt und damit der Stadtrat den klaren gesetzlichen Auftrag, preisgünstigen Wohnraum durch Erwerb und Abgabe von Grundstücken zu fördern. Da kann man nicht einfach kein Land kaufen. Die Stadt muss aktiver werden. Nicht nur beim Kauf an sich, sondern auch vorher. Es geht in die Richtung, wie auch schon von den beiden genannten Kollegen gesagt worden ist, und wir sind auch überzeugt, dass es durchaus Grundeigentümer gibt, die bereit sind, der Stadt Land für den gemeinnützigen Wohnungsbau zu verkaufen, ohne dass die Stadt durch x Bieterunden gehen muss. Natürlich nicht für ein Schnäppchen, aber für einen korrekten, akzeptablen, guten Preis. Aber der Stadtrat muss sich von seinen unrealistischen Preisvorstellungen verabschieden, wie das Kollege Regli zu Recht gesagt hat.

Damit noch zum Teil B, zu den städtischen Liegenschaften. Die Frist zur Umsetzung läuft noch bis Ende 2019, aber das ist in sieben Monaten. Dass es gestaffelt gehen muss, ist klar, das ist auch unsere Meinung. Die Stadt ist zum Glück weiter als gemäss Bericht, so wurden wir, wie gesagt, zusätzlich informiert. Aber wir befürchten trotzdem, dass die Stadt nicht dort ist, wo sie sein sollte. Im Bericht stehen ja vor allem Probleme, was es alles für Probleme gibt. Wir sind da ein bisschen anderer Auffassung. Weder gibt es ein Kompetenzproblem – ich verweise auf die Ausführungen der GPK-Sprecherin, wir haben hier einen klaren gesetzlichen Auftrag an die Stadt und den Stadtrat mit gebundenen Ausgaben – noch ist auf der anderen Seite die Umsetzung der Kostenmiete wirklich ein Problem. Sie ist zwar sicher aufwendig, ich will das nicht kleinreden, es braucht Arbeit, Überlegungen, Abklärungen, es braucht einen Plan und eine Verordnung. Und ganz wichtig für die Mieterinnen und Mieter, wichtig auch für die Öffentlichkeit und für uns, eine gute Kommunikation. Aber die Stadt Frauenfeld ist ja nicht die erste, die das macht. Kostenmiete ist nichts Neues. Es gibt Leute, die sehr genau wissen, wie das geht. Ich habe mit einer Fachperson gesprochen, mit der Chefin des Rechtsdiensts der Wohnbaugenossenschaften Schweiz, das ist der Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger der Schweiz. Ihr Fazit lautete – ich sage es ein bisschen vereinfacht: Kein Problem. Sie wäre gern bereit, und ich überbringe das gern dem Stadtpräsidenten und ich bin auch gern für eine Vermittlung bereit,

die Stadt zu einem anständigen Honorar bei der Umsetzung zu beraten. Ich meine das ernst, das wäre sinnvoll und gut investiertes Geld. Wenn ich an die Budget-Position «Honorare externe Berater» denke, die jedes Mal Anlass zu Diskussionen gibt, dann liegt hier sicher noch etwas drin.

Zum Schluss zwei Zitate und ein Appell: In der Thurgauer Zeitung vom letzten Samstag hat es einen interessanten, praktisch ganzseitigen Bericht drin mit Titel und Lead wie folgt: "Die grosse Vertreibung. Wohnen: Investoren handeln immer häufiger mit Wohnraum, deshalb steigen die Mieten und machen den Hauptanteil der Lebenskosten aus. Arbeiter müssen sich oft nach einer billigeren Bleibe umsehen." Wir appellieren an den Stadtrat, insbesondere an den Stadtpräsidenten, wieder zu seinem zu Beginn gezeigten Elan zurückzukommen. Getreu dem Motto von Goethe "Es ist nicht genug zu wollen, man muss auch tun."

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Auch ich halte mich sehr an Goethe und deshalb ist dieses Reglement oder dieser Bericht auch so schlank ausgefallen. Selber habe ich Schlankheit ja gern, das sehen Sie meiner Figur an. Ob man das dünn nennen möchte, ist wiederum Geschmackssache. Auf jeden Fall haben wir einen Bericht vorgelegt, nachdem wir vor drei Jahren hier im Rat das Reglement verabschiedet haben und wir haben eine Frist zur Umsetzung der Kostenmiete bei den städtischen Wohnungen bis Ende 2019. Wir sind also noch im Zeitplan. Die Liste wurde erstellt, wie das Reglement es erfordert hat. Die Liste wurde nicht nur mit Grundstücken bestückt, von denen man es erwarten könnte, sondern auch mit weiteren, sehr interessanten Grundstücken an guter Lage, die noch nicht gerade freigespielt sind, aber die freigespielt werden können, wo die soziale Durchmischung, die vom Rat auch mehrfach angesprochen wurde, umgesetzt werden kann. Handel hat tatsächlich wenig bis keiner stattgefunden. Es ist so, dass wir dann, wenn wir an einem Grundstück oder an einer Liegenschaft Interesse haben, zunächst einmal abklären, was da möglich ist, auch rein baurechtlich möglich ist. Im einen Fall haben wir von der Bank eine Schätzung ein verlangt, diese hat uns diese Schätzung gegeben, entsprechend haben wir ein Angebot gemacht. Das Angebot war dann aber etwa 50 % von dem, was nachher die betreffende Käuferin auf den Tisch gelegt hat. Soviel zum Thema Schätzung und wo der reale Wert liegt. Der reale Wert, und das hat Gemeinderat Peter Hausammann angesprochen, ist tatsächlich stark unter Druck. Ich war gestern Abend im Cinema Luna und habe den Film "Push" gesehen, wo genau dieses Phänomen, das Peter Hausammann angesprochen hat, auch aufgezeigt wird. Die Löhne steigen zwar, aber nicht wesentlich, die Mietpreise und die Grundstückspreise steigen überproportional. Wollen wir als Stadt in dieser Spirale mitwirken? Ich nehme zur Kenntnis, dass das seitens Gemeinderat von links bis rechts gefordert wird. Ich nehme zur Kenntnis, dass man gern möchte, dass wir mehr tun, dass wir mehr investieren und dass wir lenken. Das habe ich so gehört und ich erinnere Sie einfach daran, dass wir uns in den vergangenen Jahren, vor allem als ich begann, noch mit einer Finanzsituation auseinandersetzten, wo wir nicht recht wussten, wo es hinget und deshalb auch eine gewisse Zurückhaltung an den Tag gelegt haben.

Das Thema der Umsetzung der Kostenmiete ist tatsächlich noch in Arbeit und wir haben einige Informationen, die sich jetzt laufend ergänzen und wir nachliefern können. Als der Bericht erstellt wurde, lagen noch nicht alle Informationen vor. Das ist in Umsetzung. Aber genau dort liegt der Punkt, es ist auch eine Ressourcenfrage, sprich die Ressourcen der Finanzverwaltung sind hier gefragt und diese sind knapp, das wissen Sie aus anderen Zusammenhängen auch. Wir machen, was wir können, aber zaubern können wir nicht. Wir werden aber den Druck weiterhin haben, von Ihnen haben wir den gespürt, das auch rechtzeitig umzusetzen. Wir möchten das auch, es ist ein gesetzlicher Auftrag, den wir ja selber aktiv unterstützt haben.

Die Situation in Frauenfeld hat sich in den vergangenen 24 Monaten leicht beruhigt, das darf man auch noch in die Waagschale werfen. Wir hatten vor zwei Jahren einen Leerwohnungsbestand von 0.83 Prozent, das ist stark unterdurchschnittlich. Weit von dem entfernt, was man sagt, was ein aktiver, ein guter Wohnungsmarkt haben sollte. Letztes Jahr lag er bei 1.2 Prozent, was die Stadt Frauenfeld betrifft und jetzt ist er bei 1.5 Prozent. Jetzt sind wir also dort, wo man langsam sagen kann, der Wohnungsmarkt spielt.

Wir sind seitens Stadt durchaus, und das möchte ich hier sagen und ich bin froh, wenn das dann auch in der Zeitung steht, sehr interessiert an Liegenschaften und an Grundstücken, sei es für den eigenen Bedarf, sei es für Ansiedlung von Unternehmen, sei es für die Umsetzung des Reglements. Wir sind sehr daran interessiert, wie gesagt nicht zu einem Fantasiepreis, sondern zu einem anständigen Preis. Und ich bin mir auch sicher, es gibt Verkäuferinnen und Verkäufer, die lieber uns verkaufen, weil sie wissen, was wir damit anfangen, als anderen, wo sie nicht wissen, ob die dann mit diesem Grundstück irgendwelche Spekulationen betreiben. Aus diesem Grund sei das hier deutlich gesagt. Wir sind interessiert, wir sind offen, man darf uns die Tür sehr gern einrennen und wir werden auch selber in diesem Punkt aktiver werden. Auch das ein Ressourcen-Thema. Im Zusammenhang mit der Liegenschaftsstrategie werden wir Sie dahingehend auch informieren, was das ressourcentechnisch heissen wird. Ich danke Ihnen für die insgesamt wohlwollende Aufnahme einer schlanken Berichterstattung.

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP): Wir haben somit den Bericht durchberaten und durch die Diskussion zur Kenntnis genommen. Daher verzichten wir auf die formelle Abstimmung über den Antrag.

Ich begrüsse Gemeinderat Heinrich Christ. Somit sind wir 36 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, das absolute Mehr beträgt somit nun 19.

17

BOTSCHAFT FÜR EINEN NETTOKREDIT VON 470'000 FRANKEN ZUR ATTRAKTIVIERUNG UND ENTWICKLUNG DER FRAUENFELDER INNENSTADT FÜR VIER JAHRE (2019 - 2022) EINTRETEN, DETAILBERATUNG, BESCHLUSSFASSUNG

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP): Mit Botschaft Nr. 46 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 7. Mai 2019 hat der Stadtrat uns die Vorlage für einen Nettokredit von 470'000 Franken zur Attraktivierung und Entwicklung der Frauenfelder Innenstadt für vier Jahre vorgelegt. Nach der Eintretensdebatte erfolgt die Detailberatung. Abschliessend werden wir die Schlussabstimmung durchführen. Somit kommen wir nun zum Eintreten.

Gemeinderat Christoph Regli (CVP), Referent im Namen der GPK Finanzen und Administration: Weil wir ohnehin für Eintreten sind und es nicht viel zu sagen gibt, erlaube ich mir, die beiden Teile zusammenzunehmen.

Um dem Auftrag der GO nachzukommen, muss die Stadt eine gesunde Entwicklung der Wirtschaft und die Stadt- und Regionalentwicklung fördern. Ein wichtiger Hinweis vorweg: Die vom Gemeinderat geforderte Botschaft zur Freie Strasse ist darin nicht enthalten. Sie wurde zurück-

gestellt, um eben gerade durch dieses Projekt zuerst die Anforderungen abzuholen. Die GPK beurteilt diese Botschaft als sehr umfangreich – herzlichen Dank – und als sehr gut gemeint. Diese Botschaft entspricht also nicht dem Schönheitsideal unseres Stadtpräsidenten. Hoffentlich stimmt er aber zu, dass wichtig, unabhängig von der Schönheit, eine vernünftige Durchblutung ist. Letzteres beziehe ich auf meine Aussage, dass gut gemeint. Vieles tönt gut, ist aber schwammig und es ist nicht wirklich ersichtlich, welche konkreten Massnahmen dann im Einzelnen ermöglicht respektive ergriffen werden. Wie sieht es also mit der Durchblutung aus? Aufgrund der intensiven Besprechung in der GPK stimmen die GPK-Mitglieder den Anträgen der Botschaft trotzdem einstimmig zu. Das überrascht vermutlich und tönt vielleicht auch nach einem Widerspruch zum «Gut gemeint».

Einen wichtigen Beitrag für dieses Ergebnis hat sicher die operative Projektleiterin an der Sitzung geleistet. Sie konnte uns davon überzeugen, dass mit allen Beteiligten, insbesondere auch den Hauseigentümern, eine Nutzungsstrategie entwickelt werden soll, die etwas bringen kann. Ein lebendiges Stadtzentrum ist uns wichtig. Samt Definition der Zielkundschaft und dies verursacht möglicherweise auch Emissionen. Bei der Besetzung der Stellen von Sabina Ruf und Robert Scherzinger wurde die Funktion des City Managers bereits berücksichtigt. Unserer GPK waren insbesondere zwei Punkte wichtig für eine Zustimmung: Das auf Seite 10 der Botschaft erwähnte Monitoring muss auch der GPK zugänglich gemacht werden. 2. Die Untervertretung der Geldgeber Stadt und Kanton in der Projektsteuerung ist durch ein Vetorecht des Stadtpräsidenten innerhalb des Gremiums zu kompensieren.

Beides wurde uns zugesichert und muss auch in den Projektakten dokumentiert werden. Die Beiträge von Frau Ruf in der GPK wirkten sehr vertrauensfördernd, und das Projekt hat die Chance, bodenständige Lösungen zu erreichen. Dies braucht es, nachdem nun jahrelang schon praktisch gleich viel Geld in das Projekt investiert wurde und dennoch die Flughöhe eher eines Satelliten als eines Helikopters erreicht hat.

Zum Antrag 2: Dies wäre eigentlich operativ. Weil der Stadtrat uns den Antrag gestellt und somit die Frage an uns delegiert hat, stimmten wir auch darüber ab. Nochmals zusammenfassend: Die GPK stimmt beiden Anträgen einstimmig zu und wünscht dem Projekt gutes Gelingen in konkreten Schritten und mit konkreten Massnahmen und Lösungen. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Gemeinderat Stefan Geiges (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Ich spreche zum Eintreten und zur Detailberatung separat. Die CVP/EVP-Fraktion ist für Eintreten zu diesem Geschäft. Sie begrüsst, wenn die Stadt bei der Entwicklung der Innenstadt eine aktive Rolle übernimmt. Viele Aktionspunkte sind zwar nicht neu, aber sie machen in einer neuen Struktur durchaus Sinn. Wirklich gut wird unsere Altstadt ja nur nach Fertigstellung der Entlastung. Dann kann unsere Vorstadt nämlich aufatmen und sich ebenfalls weiterentwickeln. Weiter stellen wir in unserer Fraktion fest, dass wir heute nicht über ein Strassenbauprojekt sprechen und mit diesem Wissen führen wir heute auch keine Parkplatzverteidigungsstrategie.

Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Was sind die Grundlagen, die wir für den heutigen Entscheid haben? Es ist einerseits die, um es bereits vorwegzunehmen, mangelhafte Botschaft, andererseits aber auch das Budget 2019. Da waren die gelben Dimensionsblätter beigelegt mit einer genauen Aufteilung der Kosten. Für 2019 bis 2022 waren dabei total 410'500 Franken budgetiert. Nun sprechen wir über einen Bruttokredit von 770'000 Franken oder für die Stadt 470'000 Franken. Auch der städtische Beitrag ist

damit fast 60'000 Franken höher als im Budget. Und dies, obwohl das Budget 2019 bereits um knapp 132'000 Franken höher ausgefallen ist als 2018. Die erneute Ausgabensteigerung in diesem Amt auf diesem bereits sehr hohen Niveau ist unverantwortlich. Es wird angedeutet, dass die geleisteten Massnahmen wie Beflaggung und Sitzbänke irgendetwas verändert hätten. Bei den Gastrobetrieben kann man sich das in geringem Mass vielleicht noch einreden. Aber ansonsten ist die Wirkung ausgeblieben. Abgesehen davon, dass die Botschaft kein Wort über eine Erfolgskontrolle oder Wirkungsanalyse verliert, steht vielsagend, dass die Anstrengungen "in wesentlich stärkerem Umfang und mit angestrebt grösserer Wirkung" weitergeführt werden sollen. Angestrebt notabene, also nichts sehr Verbindliches. Es fehlen Zahlen und Fakten darüber in der Botschaft und man muss davon ausgehen, dass diese nicht existieren. Wenn der Erfolg der bisherigen Massnahmen ausbleibt, gibt es zwei Möglichkeiten. 1. Einfach trotzdem weitermachen. In diesem Fall sogar mit noch mehr Geld, wie es die Verantwortlichen wollen. Oder 2. Die Übung abbrechen. Wir plädieren für Zweiteres, denn aus unserer Sicht macht das Angebot die Attraktivität für das Einkaufen aus, nicht Fähnchen und Musikboxen. Da die Wirkung dieser Gelder und Konzepte von uns generell bestritten wird, bitten wir den Gemeinderat, auf dieses Geschäft gar nicht erst einzutreten. Zusätzlich zu dem, was in den letzten Jahren bereits in diesem Amt an Geld wirkungslos verschwendet wurde, soll jetzt wieder fast eine halbe Million bewilligt werden. Wir haben andere Projekte wie das Hallenbad, bei welchem wir dringend finanzielle Mittel benötigen. Mit dieser Botschaft erhalten wir weitere wirkungslose, theoretische Konzepte und Mikromassnahmen, die nicht mehr als kosmetische Veränderungen bringen. Siehe das Wirken dieses Amtes in den letzten Jahren. Glauben Sie, die Stadt kann derartige gesellschaftliche Veränderungen, wie wir sie aktuell durchleben, beeinflussen? Oder denken Sie, die Stadt kann und soll Unternehmen, die nicht mit der Zeit gehen, am Leben erhalten? Dann sind Sie auf dem Holzweg. Die Unternehmen sind sicher einiges innovativer und näher am Markt, als die Staatsangestellten es je sein können. Wir bitten Sie, auf dieses Geschäft nicht einzutreten und die Mittel für sinnvolle Investitionen freizugeben.

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Ich bitte doch sehr, auf dieses Geschäft einzutreten. Denn alles, was bis jetzt von der anderen Seite kam, hiess, es war nicht gut. Also lasst es uns besser machen. Und besser machen tut man es nicht, indem man es zurückweist, sondern indem man es angeht und diskutiert.

Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Wenn in der Detailberatung hier darüber gesprochen wird, werden wir vielleicht noch im Detail über diese Botschaft reden, aber, wenn man es besser machen will, dann muss man nachher auch klarer begründen. Und ich habe klar begründet, wie diese Botschaft daherkommt. Ich sehe null Ansatz, warum es besser werden soll als in der Vergangenheit. Es geht genau gleich weiter mit theoretischen, unrealistischen, utopischen Konzepten.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ich bitte Sie, auf die Botschaft einzutreten. Gemeinderat Thomas Gemperle widerspricht zwar dieser Botschaft in gewohnt einseitiger Weise. Ich sage darum einseitig, weil ihr nicht hinschaut, was alles gegangen ist. Ich bitte Sie, einmal nach St. Gallen zu gehen oder in eine andere Stadt, wo man dasselbe diskutiert, aber nichts gemacht hat. Schauen Sie dort die Leerstände an. Okay, wir haben in Frauenfeld wenig bis keine Leerstände in der Innenstadt, wir sind etwas schwerhörig und kurzsichtig und haben vielleicht zu viele Haare, das stimmt. Aber wir haben keine Leerstände. Das Amt für Stadtentwicklung und Standortförderung hat in den vergangenen Jahren viel Zeit und auch etwas Geld investiert, um immer wieder das Monitoring über die Ladenflächen zu haben und zu schauen, dass dort auch etwas geht. Das Amt für Stadtentwicklung und Standortförderung hat die Einführung der Be-

gegnungszone begleitet. Eine Erfolgsgeschichte, die auch sehr gut aufgearbeitet wurde, wo man viele Berichte dazu geschrieben hat, Interviews, Umfragen und so weiter. Es hat sich gezeigt, es war eine gute Sache und sie ist erfolgreich unterwegs. Der Stadtrat möchte, dass wir auf diesem erfolgreich begonnenen Weg weitergehen und diesen Weg intensivieren. Das ist es, was wir mit dieser Botschaft aufzeigen. Zur materiellen Beratung kommen wir später.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion SVP/EDU, auf das Geschäft nicht einzutreten, wird mit 7 Ja-Stimmen gegen 28 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Somit wird auf das Geschäft eingetreten.

Detailberatung

Gemeinderat Stefan Geiges (CVP), Referent im Namen der Fraktion CVP/EVP: Gestatten Sie mir ein gutes Beispiel von dem, was unsere Stadt bisher bewirkt hat. Ich konnte am Fest vom letzten Wochenende leider nicht teilnehmen, aber ich habe von ausserhalb der Stadt Frauenfeld sensationelle Rückmeldungen gehört über ein sehr gelungenes Fest. Dass man es überhaupt auf die Beine gestellt hat, ist genial. Herzliche Komplimente an die Veranstalter. Ich glaube, auch das ist ein Teil, von dem wir heute reden.

Wie schon beim Eintreten gesagt, steht die Fraktion CVP/EVP hinter der Botschaft des Stadtrats. Der Stadtrat unterbreitet uns einen Kredit über 470'000 Franken, welcher zu verschiedenen Massnahmen zur Attraktivierung der Innenstadt beitragen soll. Damit spielt die Stadt eine noch grössere aktive Rolle bei der Entwicklung der Innenstadt und will aus dem Stadtzentrum einen lebendigen und populären und wirtschaftlich überlebensfähigen Stadtteil schaffen. Die CVP/EVP-Fraktion begrüsst das. Wir begrüssen vor allem, dass die meisten Akteure miteinbezogen werden. Am meisten beitragen kann aber die Stadt selber zur Lebensqualität und zur Aufenthaltsqualität durch kulturelle und soziale Aktivitäten. Dies nützt auch dem Gewerbe, dem Handel und den Dienstleistungsanbietern in der Innenstadt am meisten. Denn die Innenstadt zu beleben und, dass die Menschen sich wohlfühlen, muss ein Ziel sein. Frauenfeld will eine Innenstadt anbieten, die für ganz Frauenfeld attraktiv ist. Frauenfeld will aber auch für die ganze Region attraktiv sein, daher sind fast alle wichtigen Vorhaben regional ausgerichtet. Ich erinnere an den Richtplan Siedlung und Verkehr oder an den Neubau des Hallenbads. Das sind alles auch regionale Vorhaben. Regionale Vorhaben haben auch immer einen Zusammenhang mit dem Verkehr, in unserem Fall mit dem öffentlichen Verkehr und auch mit dem Autoverkehr, dies blendet die Botschaft leider fast vollständig aus. Es kann passieren, dass die Innenstadt damit auch abdriftet. Uns sind folgende Aussagen wichtig: Lebendige Innenstadt mit viel Leben und Akteuren, gute Grundlage für unser Gewerbe, Unterstützung für unser Gewerbe, wo es Möglichkeiten gibt, und gute Erreichbarkeit unserer Innenstadt für alle Verkehrsteilnehmer und für alle Einwohnerinnen und Einwohner aus unserer Region Frauenfeld.

Zum Schluss nochmals zur Erinnerung: Wirklich gut und lässig wird es in unserer Altstadt nach dem Bau einer Entlastung. Dann wachsen nämlich Vorstadt und Altstadt zusammen, dann haben wir Platz für all die guten Ideen und dann läuft es wirklich rund. Wie gesagt, unsere Fraktion ist einstimmig für die Botschaft.

Gemeinderat Sandro Erné (FDP), Referent im Namen der Fraktion FDP: Geschätzte Präsidentin, vorab nochmals danke für das Glace. Vielleicht können wir das dann im Dezember wiederholen, dann aber mit einem Glühwein.

Die Fraktion FDP ist für ein weiteres Engagement der Stadt in der Innenstadt, um die Innenstadt weiterzuentwickeln. Was von vielen Fraktionsmitgliedern bemängelt wurde, ist die schwammige und teilweise schwer verständliche Botschaft. Vieles ist unkonkret formuliert und es gibt Interpretationsspielraum, wofür das Geld gebraucht wird. Vermutlich aus dem Grund, weil die Verantwortlichen selber noch nicht recht wissen, welche Projekte genau umgesetzt werden sollen. Dafür aber Geld zu sprechen, ist mit einem Pokereinsatz vergleichbar, und das mit öffentlichen Geldern. Die Chance, dass aber mit dem gesprochenen Geld auch etwas Sinnvolles und Attraktives entsteht, ist vorhanden. Das Engagement soll bis 2022 dauern. Das ist vertretbar und die bisherigen jährlichen Ausgaben lagen in einem ähnlichen Rahmen. Dazu kommen neu aber auch Mittel vom Kanton und der IG FIT selber. Es müssen Auswertungen möglich sein, die aufzeigen, ob die Massnahmen Erfolg haben oder nicht. Sind die Auswertungen eher negativ oder nicht aussagekräftig, müssen die dazu angehobenen Pensen im Amt für Stadtentwicklung und Standortförderung nach der bewilligten Zeit wieder reduziert werden. Es ist ganz klar keine Aufgabe der Stadt, den Detailhandel in Frauenfeld zu retten. Das können nur die Betriebe selber. Dass punkto Infrastruktur Verbesserungen oder Möglichkeiten entstehen können, ist durchaus sinnvoll. Um die Betreuung von Unternehmen oder Schulungen sollen sich aber klar die IG FIT, allenfalls der Gewerbeverein oder noch besser die Unternehmen selber kümmern. Um das nötige Miteinander zwischen Liegenschaftsbesitzer, Unternehmern, anderen Nutzern und Kunden zu fördern, kann die Stadt durchaus als Vermittlerin auftreten. Die Karten für die Innenstadt sind mittlerweile besser denn je, wir wünschen uns, dass es für die Unternehmen auch wirklich zum «Full House» wird. Die Fraktion FDP stimmt dem Kredit mehrheitlich zu.

Gemeinderat Elio Böhner (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Stellen Sie sich vor, eine Stadt wie unsere wird zur Schlafstadt. Auf der Achse zwischen Konstanz und dem grossen Zürich – man könnte sagen, das ist eine gute geografische Lage genau dafür. Und wir sind überzeugt, dass das Falsche ist und unsere Stadt wesentlich mehr zu bieten hat, als Vorort zu sein. Damit das so bleibt, ist auch unserer Überzeugung nach eine belebte und besuchenswerte Innenstadt von zentraler Bedeutung. Dann sind wir klar der Meinung, dass es dringend nötig ist, diese Thematik anzugehen. Die im Bericht erwähnten Visionen und alle jene, welche im Café de Vision vermutlich letztes Wochenende und noch weiter zusammengekommen sind und zusammenkommen werden, sind weiter zu sammeln und zu verwerten. Wir vertrauen hier auf unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wir wünschen uns das auch in der Innenstadt für Menschen, welche gewillt sind, jener auch Leben einzuhauchen und nicht nur ihr Gipfeli per Drive-in abzuholen.

In der Botschaft ist die Rede vom partizipativen Vorgehen. Dies entspricht explizit auch jenen Forderungen, welche wir hier im Rat schon seit Jahren stellen. Nun hoffen wir, dass daran auch festgehalten wird. Und nun, und dabei sind wir bereits auch bei den kritischeren Wünschen, hoffen wir doch stark, dass der Einbezug aller Stakeholder nicht nur ein Lippenbekenntnis ist. Uns scheint es, dass der Fokus in dieser Botschaft sehr stark, ja zu stark, auf den Detailhandel gelegt wurde. Dieser leistet sicherlich einen grossen Beitrag für unsere Stadt, vielen Dank, ist aber letzten Endes genauso ein Zahnrad im Getriebe wie alle anderen.

Kumulierend darin, und das ist für uns besonders störend, ist, dass die IG FIT im Steuerungsgremium stärkeres Gewicht hat als die Stadt selbst. Das geht nicht und das kann nicht so sein, besonders nicht bei städtischen Programmen. Weiter gilt es auch, die anderen, wie Liegenschaftsbesitzer, Bewohner oder restliche Nutzer, miteinzubeziehen. Dies ist, so nebenbei gesagt, auch für die Gewerbler ein grosser Gewinn, denn das sind letztendlich die Kunden. Für uns ist es von

grosser Bedeutung, auch den Perimeter anzusprechen. Es muss unbedingt weiträumig gedacht werden. Nicht nur vom Postkreisel bis katholische Kirche, mit gütiger Verlängerung bis zum Anker für das frühmorgendliche Bier, nein es ist wichtig, auch das Kasernenareal, die Rheinstrasse, den Schlosspark, ja allenthalben gar den Marktplatz miteinzubeziehen. Wir sind ja die grösste Stadt des Kantons, also lassen Sie uns nicht allzu kleinräumig denken. Alles in allem ist der Bericht in seiner Motivation verheissungsvoll, jedoch das erhaltene Papier zu ausführlich und dafür zu wenig konkret, wie wir gehört haben. Es wurde versucht, jedem und jeder gerecht zu werden, aber schliesslich ist es so, dass zumindest wir nicht noch Parkjetons als Ausgleich zu ÖV-Massnahmen möchten, stattdessen lieber klare Statements zu gewissen Themen. Es scheint, als sähen die Autoren den Weg als Ziel und wir haben tatsächlich grosses Vertrauen in die neuen Kräfte im Bereich der Stadtentwicklung. Auch wenn diese vielleicht mit dieser Botschaft nicht ganz unseren Wünschen, und wie es scheint auch jenen der SVP entsprechen, sind wir doch überzeugt, dass diese mit den beantragten zusätzlichen 35 Stellenprozenten zu viel mehr in der Lage sind. Wir haben kantonal gerade erst über Transparenz abgestimmt. Dies halten wir für wichtig. Der GPK wurde auf Nachfrage ein regelmässiger Bericht versprochen. Dieser soll aber in unseren Augen nicht nur der GPK, sondern dem gesamten Gemeinderat und somit der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

Thema Monitoring: Hierzu möchte ich im Namen der Fraktion einen Antrag stellen, dass jährlich ein in seiner Länge angemessener, kurzer Bericht an den Gemeinderat der Stadt Frauenfeld geht. Somit unterstützen wir den Antrag aus der Botschaft und hoffen, dass anstatt ein erneut analytisches oder strategisches Papier zu veröffentlichen, Taten folgen werden, über welche wir uns in einem passenden Reporting freuen dürfen. Besten Dank. Ich hoffe, dass Sie die Anträge unterstützen, wie wir das auch machen werden. Und ich hoffe, dass Sie unseren Antrag auch unterstützen.

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP): Wir werden über den Antrag von Gemeinderat Elio Böhner nach der Detailberatung abstimmen.

Gemeinderätin Félicie Haueter (SP), Referentin im Namen der Fraktion SP: Prinzipiell möchten wir zur vorliegenden Botschaft anmerken, dass diese zwar viel Text beinhaltet, aber noch wenig konkret ist. Die schöne Frauenfelder Innenstadt ist uns wichtig, weswegen wir auch in der Vergangenheit den entsprechenden Krediten zugestimmt haben. Jetzt möchten wir aber konkrete Umsetzungen und Handlungen sehen. Es ist uns bewusst, dass der Standpunkt des Stadtrats in Bezug auf die Innenstadt nicht immer ein einfacher ist. Er kann zum Beispiel mit den Liegenschaftsbesitzern den Dialog suchen, aber nicht entscheiden. Umso wichtiger ist uns, dass der Dialog aktiv gesucht wird. Nicht nur schriftlich, sondern indem die Stadt aktiv und persönlich auf die entsprechenden Besitzer zugeht. Bisher hatten wir den Eindruck, dass hier zu wenig passiert, aktuell scheinen Anstrengungen sichtbar zu werden, was unsere Fraktion freut.

Bezüglich der Aufenthaltsqualität zeigen sich an der Zürcherstrasse schöne Resultate. Diese hat an Attraktivität gewonnen und man hält sich gern dort auf. In der Freien Strasse sieht es leider anders aus. Wir wünschen uns auch für diese endlich eine Begegnungszone, die diesen Namen verdient hat. Hier hätten wir konkrete Wünsche und Anregungen.

Dass das Thema Parkplätze nur die Gemüter erhitzt, ist uns klar und deswegen lassen wir dieses weg. Aber man könnte ein Parkleitsystem einführen, um den Suchverkehr zu reduzieren. Auch die Möglichkeit für Gastrobetriebe, nach draussen zu stuhlen, wäre eine positive Veränderung.

Natürlich braucht es dafür eine Umgebung, in der man sich gern draussen aufhält. In der Vorstadt könnte zum Beispiel eine Temporeduktion die Aufenthaltsqualität erhöhen.

Zusammenfassend unterstützen wir den aktuellen Kredit, möchten aber nochmals betonen, dass schon viel Geld in die Innenstadtentwicklung gesteckt wurde und wir jetzt konkrete Taten sehen möchten. Unsere Fraktion wird einstimmig für den Kredit sein.

Gemeinderat Thomas Gemperle (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Die Botschaft ist, leider sind wir uns das vom Stadtrat mittlerweile gewohnt, schwach. Sie ist gespickt mit nichtssagenden Floskeln und oberflächlich. Einige Beispiele:

Im Kapitel Nachhaltigkeit steht geschrieben: "Mit dem vorliegenden Projekt werden Grundlagen für eine nachhaltige Entwicklung der Frauenfelder Innenstadt geschaffen." Was heisst das konkret? Nachhaltig in Bezug auf was? Das sind oberflächliche Phrasen ohne Inhalt, wo sich jeder etwas Anderes darunter vorstellen kann. Weiter hinten wird uns in Bezug auf die neue Stelle erklärt: "Die Projekthinhalte sind zum Startzeitpunkt des Projekts nicht abschliessend definiert." Aha. Auf Seite 16 kommt es dann aber noch dicker. Da steht: "Die Aufwendungen stellen eine Kostenschätzung dar, ohne die Projekthinhalte abschliessend im Detail zu kennen." Meine Damen und Herren, wir können mit der halben Million auch Lotto spielen, da wissen wir am Schluss auch nicht, was herauskommt. Die Botschaft ist ein Blankoscheck und liest sich wie ein Wunschzettel mit einigen Beispielen und sogenannten Massnahmenauswahlen, die aber doch vieles offenlassen. Das ist alles andere als aufschlussreich. Sollen wir wirklich ein Budget für vier Jahre bewilligen mit so viel Interpretationsspielraum? Die Ziele sind nicht messbar und auf einer höchst theoretischen Ebene. Ein Beispiel: "Durch die Entwicklung einer gemeinsamen Vision unter aktiven und transparenten Pflege eines Dialogs soll mit den betroffenen Akteuren und Stakeholdern die Frauenfelder Innenstadt als prosperierendes Wertschöpfungssystem und lebendige Stadt für die ganze Region gestärkt werden." Einige Ziele sind unrealistisch. So soll zum Beispiel die Zielkundschaft auch "bis an den See, ins Zürcher Weinland, Schaffhausen, den Hinterthurgau, Mittelthurgau und bis nach Kreuzlingen reichen." Wer so etwas schreibt, lebt wohl in einer anderen Welt als ich. Abgesehen davon, dass dieser hier geschilderte Einkaufstourismus grundsätzlich falsch und dieser Verkehr nicht vom Staat gefördert werden sollte, ist es schlicht utopisch. Weitere Ziele zeigen weitere Utopien aus diesem Amt. So will man beispielsweise mit Weiterbildungen für den Detailhandel in den Strukturwandel eingreifen. Auch hier ist das sicher keine staatliche Aufgabe und ich glaube, diese Theoretiker überschätzen ihren Einfluss auf die freie Wirtschaft massiv und versuchen trotzdem, mit einem Haufen Steuergeldern einzugreifen. Und wenn dann steht, dass die Bevölkerung in nachhaltiges Einkaufen, Kreislaufwirtschaft und lebendige Angebotskultur eingeführt werden soll, frage ich mich, mit was für belehrenden oder erzieherischen Massnahmen ich in Zukunft seitens der Stadt zu rechnen habe. Stoppen wir diesen Unsinn, meine Damen und Herren. Mit der Koordinations- und Impulsstelle oder Kümmerer oder City Manager wird eine neue unnötige Stelle geschaffen, deren Aufgabenbereich offenbar noch gar nicht klar ist. Auch dieses unausgereifte Vorgehen lehnen wir klar ab.

Zum Schluss habe ich nur eine Frage an den Stadtrat. Erklären Sie mir bitte noch die Auswirkungen der zwei Anträge, die Sie gestellt haben. Was passiert, wenn der erste Antrag angenommen und der zweite abgelehnt wird? Das ist mir nicht klar und als weitere Kritik an der Botschaft zu verstehen. Wir lehnen die Anträge des Stadtrats ab.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ich danke Ihnen für die mehrheitlich wohlwollende Aufnahme unserer Botschaft, auch wenn da wieder qualitative Fragezeichen von der einen oder anderen Seite gestellt werden. Wir haben es hier mit einem Thema zu tun, das durchaus unter-

schiedlich angegangen werden kann. Wir haben von aussen auf unsere Art und Weise, wie wir das Thema angehen, schauen lassen. Der Metropolitanraum Zürich hat eine grosse Studie gemacht über Detailhandel und die Entwicklung des Detailhandels im Metropolitanraum. Einer der Punkte oder eines der Beispiele, dem sie nachgegangen sind, war auch Frauenfeld. Frauenfeld wird in dieser Detailhandelsstudie ein gutes Zeugnis ausgestellt. Wir haben viele der Massnahmen, die allgemein empfohlen werden, bereits angegangen und sind daran, sie umzusetzen, weitere werden wir umsetzen. Natürlich ist das nur ein Fokus auf den Detailhandel. Der Detailhandel ist aber nicht irgendeiner. Das sind viele kleine Betriebe und diese vielen kleinen Betriebe beschäftigen in der Schweiz insgesamt eine halbe Million Personen. Hier in Frauenfeld sind es auch einige Hundert Betriebe und einige Tausend Mitarbeitende. Also ist es nicht eine Quantité Négligeable. Aber es geht nicht nur um den Detailhandel, es geht um mehrere Stakeholder, wie das auch schon angesprochen worden ist. Und alle möchten wir tatsächlich miteinbeziehen. Es geht auch um die Gastronomie. Es geht auch um die grösseren Retailhändler, es geht auch um die Bevölkerung, die Wohnbevölkerung, es geht um die Nutzer und Nutzerinnen und es geht auch um die Grundstückeigentümerinnen und Grundstückeigentümer. Also, wir schauen das breit an und es ist nicht nur ein Lippenbekenntnis, sondern das machen wir auch so.

In der Botschaft haben wir Massnahmen aufgezählt, die wir angehen möchten, die wir als Ideen mitnehmen. Weshalb schlagen wir nicht einen konkreten Vorgehensplan vor? Also sozusagen Meilenstein X wird bis dann umgesetzt, Massnahme Z und B und alles, weil wir ja genau in diesen partizipativen Prozess einsteigen möchten. Also wenn man es prozesshaft angeht, kann man zwar im Militär befehlen "vorwärts Marsch", aber hier, was die Innenstadt betrifft nicht. Die Innenstadt verstehen wir im Übrigen grösser, also durchaus in der Grössenordnung, wie sie Elio Bohner angesprochen hat, nämlich vom Bahnhof bis zum Marktplatz, vom Kreuzplatz bis zum Soldatendenkmal oder sogar Lindenspitz. Also wir verstehen es grösser und wir sehen es auch in diesem Perimeter.

Wir werden die Gelder, die hier gesprochen werden, natürlich nicht im Sinn eines Spiels einsetzen, sondern wir werden sehr sorgfältig mit den Mitteln umgehen. Und wir werden das Monitoring halten, führen und wir werden auch darüber Bericht erstatten. Ich denke, Sie dürfen und ich denke, mehrheitlich schenken Sie uns das Vertrauen, dass wir das richtigmachen. All jene, die wir noch nicht haben überzeugen können, hoffen wir, dass wir sie mit Taten werden überzeugen können. Ganz sicher bin ich mir da allerdings nicht. Es wird vielleicht eine oder zwei Ausnahmen geben, die ich nicht werde überzeugen können, auch mit den besten Taten nicht. Aber vielen Dank auf jeden Fall für die insgesamt vertrauensvolle Aufnahme.

Wenn Antrag 2 nicht angenommen wird, haben wir die Mittel ja gesprochen und dann werden die Ressourcen extern eingesetzt werden.

Gemeinderat Peter Hausammann (CH): Ich vermisse noch eine Antwort auf den Antrag Bohner, da wäre ich schon noch froh. Wenn der Stadtrat sagt, er ist einverstanden, dass er das an den Gemeinderat schickt und nicht nur an die GPK, wie schon versprochen, dann müssen wir darüber gar nicht abstimmen.

Stadtpräsident Anders Stokholm (FDP): Ich kann gern dazu auch Stellung nehmen. Es ist in unserem Interesse, dass wir regelmässig informieren. Und es ist nicht nur im Interesse, dass wir die GPK und den Gemeinderat informieren, sondern sehr wohl auch die Öffentlichkeit. Es sind auch Gelder, die eingesetzt werden von der IG FIT, es sind Gelder, die eingesetzt werden vom

Kanton, also von Steuerzahlern ausserhalb von Frauenfeld, deshalb ist das absolut in unserem Sinn und wir werden diese Berichterstattung so oder so machen.

Gemeinderat Elio Bohner (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Die Fraktion CH/Grüne/GLP zieht den Antrag zurück.

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP): Gemeinderätin Irina Meyer ist in die Ferien verreist. Wir sind somit noch 35 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, das absolute Mehr beträgt 18.

Abstimmung

Antrag 1 des Stadtrats wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Antrag 2 des Stadtrats wird mit 26 Ja-Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

18

NEUBAU HALLENBAD: GEWÄHRUNG EINES KREDITS VON 700'000 FRANKEN ZUR AUSARBEITUNG EINES VERTIEFTEN VORPROJEKTES ALS GRUNDLAGE FÜR DIE VOLKSABSTIMMUNG EINTRETEN, DETAILBERATUNG, BESCHLUSSFASSUNG

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP): Mit Botschaft Nr. 47 des Stadtrats an den Gemeinderat vom 14. Mai 2019 hat der Stadtrat uns die Vorlage für die Gewährung eines Kredits von 700'000 Franken zur Ausarbeitung eines vertieften Vorprojekts als Grundlage für die Volksabstimmung vorgelegt. Nach der Eintretensdebatte erfolgt die Detailberatung. Abschliessend werden wir die Schlussabstimmung durchführen.

Gemeinderätin Ursula Duewell (FDP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Die GPK anerkennt die Wichtigkeit eines Hallenbads für Frauenfeld und ist deshalb einstimmig für Eintreten.

Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Unsere Fraktion ist für Eintreten. Wir werden in der Detailberatung, wie bereits per E-Mail verschickt, einen Antrag stellen, der einen Projektierungskredit für ein Detail- und Bauprojekt vor der Volksabstimmung fordert.

Detailberatung

Gemeinderätin Ursula Duewell (FDP), Referentin im Namen der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen: Konkret geht es bei diesem Geschäft um die Gewährung eines Kredits von 700'000 Franken zur Ausarbeitung eines vertieften Vorprojekts als Grundlage für die Volksabstimmung. Stadtrat Fabrizio Hugentobler und der neue Amtsleiter Freizeitanlagen und Sport, Roman Brülisauer, gaben zu Beginn der Sitzung einen Überblick über das, was bisher geschah, damit auch die neuen GPK-Mitglieder über den aktuellen Stand des Planungsprozesses

informiert waren. Im März wurde den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten und dann auch der Öffentlichkeit das Siegerprojekt «Tag am Meer» in der Konvikt-Halle vorgestellt. In der Zwischenzeit wurde das Projekt vor allem durch die Architekten weiterbearbeitet. Auf die Frage, wieso dieses Vorgehen, d. h. zuerst ein vertieftes Vorprojekt oder auch Vorprojekt plus, dann die Volksabstimmung, erst dann die Ausarbeitung des Detailprojekts gewählt wurde, hält der Stadtrat fest, dass die Projektkommission unter Einbezug von Fachleuten diesen Weg vorgeschlagen hat. Dieses Verfahren ist schneller und ist ein Vorgehen, das auch der Kanton Thurgau bei neuen Projekten gewählt habe. Das vorgeschlagene Vorgehen hat gegenüber dem Standardverfahren, das wäre normalerweise Projekt, Bauprojekt und erst dann die Volksabstimmung, die Vorteile, dass vor der Ungewissheit einer Volksabstimmung weniger Geld ausgegeben wird und, was bei diesem Projekt vor allem zum Tragen kommt, dass früher mit der Ausführung begonnen werden kann. Der Nachteil ist die Kostenungenauigkeit von ca. +/- 15 % bei der Volksabstimmung. Mit dem Standardverfahren würde sie bei ca. +/- 10 % liegen.

Mit der Ausarbeitung des vertieften Vorprojekts geht das Projekt gemäss SIA in die Phase 3 der Projektführung über. Für die Optimierung und Weiterbearbeitung des architektonischen Entwurfs sind die Architekten des Siegermodells verantwortlich. Die neugebildete Planungskommission unter der Leitung des Stadtrats wird mit internen und externen Fachplanern und Spezialisten die eigentlichen Baukosten berechnen und die Konzepte für die auf Seite 6 aufgeführten Themen erarbeiten.

Folgende Fragen der GPK können erst im Rahmen des vertieften Vorprojekts beantwortet werden: Wie lange muss die Badi inklusive Freibad geschlossen werden? Ist ein Provisorium aus finanzieller und energetischer Sicht sinnvoll? Wie kann das Personal stadintern weiterbeschäftigt werden? Soll der hintere Eingang beim Sportbecken bleiben oder aufgehoben werden? Ebenso konkrete Aussagen zu Parkierung, Velozufahrten, Veloständern und Zugang für Behinderte. Auch die Erschliessung mit dem ÖV kann erst dann beantwortet werden.

Zum Thema Energie wurde durch den Stadtrat bestätigt, dass die Vorgaben für den Projektwettbewerb die Basis für die Weiterbearbeitung des Projekts bilden. Auch Berechnungen wie CO²-Emissionen, graue Energie etc. werden ins Energiekonzept einfließen müssen. Auf die Frage, wie sich der Betrag von 700'000 Franken zusammensetzt, wurde uns erklärt, dass die Höhe auf dem Vergleich mit ähnlichen Projekten und Erfahrungswerten basiere. Die Kosten für die Phase Vorprojekt von 700'000 Franken sind ca. 12 % der Gesamtplanungskosten von 5.8 Millionen Franken. Das Ziel des vertieften Projekts ist, all diese Fragen bis Ende 2019 zu beantworten, die Kosten zu definieren, eine Kostengenauigkeit von mindestens +/- 15 % zu erhalten und den Terminplan zu fixieren. Die GPK hat beschlossen, das Projekt Hallenbad eng zu begleiten. Die nächste Sitzung ist im August geplant. Die Informationen werden den GPK-Mitgliedern im Vorfeld zugestellt. Da alle Fraktionen in der GPK Gesellschaft, Gesundheit und Freizeitanlagen vertreten sind, ist damit auch der Informationsfluss in die Fraktionen gewährleistet. Der Antrag auf Gewährung eines Kredits von 700'000 Franken für die Ausarbeitung eines vertieften Vorprojekts als Grundlage für die Volksabstimmung über den Neubau des Hallenbads wurde von den anwesenden GPK-Mitgliedern einstimmig genehmigt.

Gemeinderat Ralf Frei (SP), Referent im Namen der Fraktion SP: Die Zeit für das wichtige Projekt Neubau Hallenbad scheint gemäss der vorliegenden Botschaft zu drängen. Wir begrüssen es natürlich, wenn es vorwärtsgeht, mahnen aber gleichzeitig zur Vorsicht. Schnellschüsse liegen bei diesem Investitionsvolumen einfach nicht drin. Und doch, eine Volksabstimmung im kommenden Mai ist ein sportlicher Zeitplan.

Wir wollen das Hallenbad aber nicht bloss zum richtigen Zeitpunkt, wir wollen auch das richtige Hallenbad für Frauenfeld. Daher einige Punkte, die wir dem Stadtrat auf den Weg geben möchten:

Dass auch das Freibad über längere Zeit geschlossen werden soll, ist für uns neu. Bei der letzten Botschaft war noch von der Möglichkeit einer Traglufthalle die Rede. Dass es jetzt heisst, dass das gesamte Bad für eine längere Zeit geschlossen werden muss, ist eine bittere Pille, die wir wohl schlucken müssen. Ärgerlich ist aber der Umstand, dass diese offensichtlich veränderten Umstände in der Botschaft nicht erwähnt werden.

Dann ist es der SP natürlich ein wichtiges Anliegen, dass dieser Betriebsunterbruch für das Personal sozialverträglich abgehandelt wird. Da werden wir auf jeden Fall ein Auge auf die Entwicklungen werfen.

Viele interessante Informationen wie zum Beispiel, dass eine Fotovoltaikanlage oder thermische Kollektoren auf dem Dach vorgesehen sind, sind leider nur im Protokoll der GPK zu finden und nicht in der Botschaft. Was heisst aber «sind vorgesehen» und wurde auch schon über Fassadenmodule nachgedacht? Und auch die Entscheidung gegen eine Traglufthalle, von der in der letzten Botschaft noch die Rede war, ist anscheinend gefällt worden, ohne in der vorliegenden Botschaft etwas davon zu erwähnen. Ich bin zwar überzeugt, dass diese Entscheidung richtig ist, gerade auch wenn man bedenkt, dass das Freibad sowieso geschlossen werden muss, aber dass ich solchen Informationen erst nachrennen muss, macht doch keinen Sinn.

Dann sagte der Stadtrat in der GPK-Sitzung gemäss Protokoll, dass es nicht möglich sei, den Stadtbus vor den Badieingang zu bringen. Diese Aussage kann ich so natürlich nicht stehen lassen. Unserer Meinung nach ist es durchaus möglich, den Stadtbus vor die Badi zu bringen. Dass es mit dem jetzigen Fahrplan und den bestehenden Fahrzeugen nicht geht, sehe ich noch ein, aber die Option mit neuen Fahrzeugen und einer zusätzlichen Schlaufe besteht natürlich. Obendrein stehen Konzepte für Erschliessung, Raumplanung und Landschaft auf der To-do-Liste des kommenden Schritts der Phase Vorprojekt, für die wir heute weitere 700'000 Franken sprechen sollen. Ich bin klar der Meinung, dass wir für diesen Schritt die Option Stadtbushaltestelle beibehalten sollten und nicht einfach den Kopf in den Sand stecken. Auf mich macht es den Anschein, dass es hier weniger um die Machbarkeit als um den blossen politischen Willen geht. Bezüglich Parkplatzthematik sehen wir das Projekt auf dem richtigen Weg. Auf jeden Fall brauchen die Velos mehr Platz, und zwar überdachten, da E-Bikes mit Anhängern auch in Frauenfeld angekommen sind. Die Autoparkplätze beim Coop sind aus unserer Sicht eine sinnvolle Alternative zum Parkplatz an der Talackerstrasse. Alles in allem sind wir nach wie vor für den Bau des neuen Hallenbads, würden uns aber doch eine etwas visionärere Herangehensweise wünschen und nicht nur das blosses Bekenntnis, dass es jetzt schnell gehen muss. Mit diesen 700'000 Franken sind wir bereits bei über 1 Million Franken, und das immer noch auf Stufe Vorprojekt. Dafür verschweigt die Botschaft einfach zu viele Informationen, obwohl diese gemäss GPK-Protokoll vorhanden gewesen wären.

Gemeinderätin Christa Zahnd (SVP), Referentin im Namen der Fraktion SVP/EDU: Die Botschaft ist aus unserer Sicht eher mager. Es ist aber einleuchtend definiert, um was es geht. Für die Erreichung der Kostengenauigkeit benötigt es einen guten Vorspann. Dass in diesem Vorprojekt die energetisch sinnvollen Varianten und verschiedene Techniken genauestens geprüft werden, versteht sich für unsere Fraktion als selbstverständlich. Es gibt ja auch etliche Vor-

gaben und Richtlinien, welche in diesem Bereich eingehalten werden müssen. Ebenfalls ist für uns klar, dass ein Hallenbad nie kostendeckend sein kann. Trotzdem wollen wir den Betrieb einer Wellnessoase privaten Betreibern überlassen. Dass es nicht möglich ist, dass der Stadtbus vor der Badi halten kann, leuchtet ein. Ebenfalls wäre in diesem Zusammenhang die Parkierung des Busses der Schule zu überdenken. Und weiter sollten klare Zufahrtsregeln bestehen, um das Elterntaxiproblem von Anfang an zu verhindern. Unsere Fraktion wird dem Kreditantrag des Stadtrats einstimmig zustimmen. Als kleine Anmerkung: Wir finden es stossend, dass einmal mehr so kurzfristig vor der Gemeinderatssitzung Anträge in diesem Ausmass gestellt wurden.

Gemeinderätin Susanna Dreyer (CVP), Referentin im Namen der Fraktion CVP/EVP:

Nachdem der Projektierungswettbewerb beendet ist, geht es nun um die Ausarbeitung eines vertieften Vorprojekts. Unsere Fraktion war sehr angetan von sehr guten Informationen und der Offenheit von alt Stadtrat Ruedi Huber. Wir erwarten, dass diese von seinem Nachfolger in gleicher Weise weitergeführt wird. Dafür danken wir heute schon.

Wir durften die knapp 70 Wettbewerbsprojekte anschauen und wurden über die ersten drei bestens informiert und auch aus welchen Gründen das Projekt «Tag am Meer» als Sieger erkorren wurde. Hinter diesem Projekt können wir stehen. Bei der Entscheidung wurde unter anderem auf die Einbettung in die bestehende Umgebung, die Wirtschaftlichkeit und Funktionalität geachtet. Die Fraktion CVP/EVP steht darum einstimmig hinter dem Kreditantrag von 700'000 Franken für die Vorprojektierung, dies als Grundlage für die Volksabstimmung.

Aber wir haben natürlich noch Ideen und Meinungen dazu. Für solch hohe Kosten erwarten wir eine topseriöse Vorbereitungsarbeit und keine halbseidige Planung, da die Projektierungszeit bis im November 2019 doch eher sportlich ist. Je seriöser die Vorarbeit ist, umso weniger Kostenabweichungen sollten entstehen. Unsere Fraktion ist sogar dafür, die Vorbereitungszeit zugunsten der zwingend nötigen hohen Qualität eher zu verlängern. Wir wollen den Frauenfelder Stimmbürgern eine fundierte Entscheidungsgrundlage für die Abstimmung über die Kosten von rund 33 Millionen Franken für den Hallenbadneubau vorlegen, geht es doch hier um sehr viel Geld.

Mit der Botschaft vom 17. September 2017 hat der Gemeinderat der Neuregelung der Gemeindeordnung zugestimmt. Um eine ausgeglichene Arbeitslast der Geschäftsprüfungskommissionen zu erreichen, sollen die Geschäfte des Amts für Freizeitanlagen und Sport nicht mehr durch die GPK Bau, Werke, Anlagen, sondern durch die GPK Gesellschaft und Gesundheit bearbeitet werden. In der GPK Gesellschaft und Gesundheit ist aber weder eine Baufachfrau noch ein Baufachmann dabei. Es ist unserer Meinung nach von Nutzen, wenn auch noch externe Fachleute zugezogen werden. Weiter haben wir ja auch noch Baufachleute im Gemeinderat, diese sind Mitglieder der GPK Bau, Werke, Anlagen. Diese sollten unserer Meinung nach neben den externen und den eigenen eingesetzt werden. Darum sind wir ebenfalls der Meinung, dass es bei solch grossen Bauprojekten sinnvoll wäre, wenn hier die GPK Bau, Werke ebenfalls miteinbezogen würde. Des Weiteren wäre es gut, wenn wir Nutzer der Badi beiziehen würden wie zum Beispiel Sportvereine, Frauen, Senioren, Schwimmlehrer, Bademeister etc., falls es an den Nutzungsideen Änderungen gibt.

Ein weiterer, sehr wichtiger Punkt ist die Parkplatzfrage. Diese muss während der Projektierungsphase gelöst werden. Wir sind hier gespannt auf Lösungsvorschläge.

Als letztes Thema fällt mir noch der Wellnessbereich ein. Wie wird dieses Thema angegangen? Gibt es diesen, und wenn ja, wer wird ihn betreiben? Denn auch hier könnten noch Kosten anfallen.

Zum Schluss nochmals: Wir sind für den Kreditantrag, wollen aber, dass die ersten richtungsweisenden Abklärungen vollständig gemacht werden, bis November oder dann eben später.

Gemeinderätin Ursula Duewell (FDP), Referentin im Namen der Fraktion FDP: Die vorliegende Botschaft ist zwar etwas kurz für ein solch grosses Projekt. Da wir aber bereits im vergangenen Jahr über den Variantenentscheid, den Architekturwettbewerb und dessen Ergebnis informiert wurden und die Ausschreibungskriterien zwingend eingehalten werden müssen, scheint es uns richtig, dass nicht mehr alles wiederholt wurde. Aufgrund des dringlichen Handlungsbedarfs bei der Badi, unterstützt die FDP das zügige Vorgehen des Stadtrats. Wir sind davon überzeugt, dass Frauenfeld auch in der Zukunft eine Badi braucht und sind für einen möglichst kurzen Unterbruch im Badibetrieb. Zwischenlösungen sind für Vereine und Schulen, aber auch für die Mitarbeiter mühsam und kostenintensiv. Von einem möglichst kurzen Unterbruch profitiert auch die Bevölkerung, und zwar von Jung bis Alt. Wir fordern vom Stadtrat, vor der Volksabstimmung die Frauenfelder und umliegenden Schulgemeinden und die politischen Gemeinden anzugehen und verbindliche Baukostenbeiträge oder jährliche Betriebskostenbeiträge zu vereinbaren. Die Tarife der neuen Badi sind entsprechend für Einheimische oder Mitzahlende und für Auswärtige festzulegen.

Die Zusammensetzung der Planungskommission mit internen und externen Experten und Fachplanern nehmen wir positiv zur Kenntnis und begrüßen die enge Begleitung der GPK. Damit können die Fragen der Fraktionen laufend in die Diskussionen einfließen. Aber auch eine Informationsveranstaltung für den Gemeinderat gegen Ende 2019 wäre aus unserer Sicht wünschenswert. Die Fraktion FDP wird dem Antrag für den Kredit von 700'000 Franken einstimmig zustimmen.

Gemeinderat Roman Fischer (GP), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Wir unterstützen den Neubau des Hallenbads und freuen uns bereits heute auf die Tage am Frauenfelder Indoor-Meer. Wir zweifeln nicht daran, dass auch das Volk den Segen für den notwendigen Baukredit geben wird. Warum der Stadtrat ein Vorprojekt plus wählt, konnte uns jedoch nicht schlüssig beantwortet werden. Die Botschaft ist leider in diesem und anderen Punkten wenig aussagekräftig. Warum fehlt zum Beispiel ein Projektplan des ganzen Projekts in der Botschaft?

Doch zurück zu unseren Überlegungen: Gerade bei diesem Projekt besteht doch kaum das Risiko, dass die aufgelaufenen Kosten bis zur Volksabstimmung in den Sand gesetzt werden. Wir hätten zur Risikominimierung des Hallenbadneubaus einen Projektablauf mit einem Vor- und Bauprojekt vor der Volksabstimmung begrüsst. Der Stadtrat argumentiert mit dem früheren Baubeginn, welchen der vorgeschlagene Projektablauf mit einem Vorprojekt plus und anschließender Volksabstimmung mit sich bringt. Die grobe Zeitplanung ist jedoch noch sehr im Fluss. Und überhaupt, warum plötzlich die grosse Eile, wo doch schon lange bekannt ist, dass unter anderem das Hallenbaddach sein Lebensende erreicht hat? Der Baubeginn, der in der GPK-Sitzung kommuniziert wurde, nämlich der Juni 2021 ist scheinbar bereits Makulatur. Diese Woche, also nur zwei Wochen später, wurde uns der Baubeginn im Februar 2021 in Aussicht gestellt. Mit einem normalen Vorprojekt und der Volksabstimmung nach dem Bauprojekt wäre der Baubeginn einige Monate später. Der Stadtrat nannte uns acht Monate Verzögerung. Doch

wenn man die genauen, uns dargelegten Phasen der beiden Varianten vergleicht, ist ersichtlich, dass bei der Variante mit einem normalen Vor- und Detailprojekt vor der Volksabstimmung immer noch Luft drin ist. Man würde wieder nahe beim in der GPK kommunizierten Baubeginn vom Juni 2021 liegen. Die Risiken durch aufgelaufene Kosten vor der Volksabstimmung und der Baubeginn stehen für uns im Schatten der Planungs- und damit Kostenrisiken, die es aus unserer Sicht in erster Priorität zu minimieren gilt. Dieser Hallenbadneubau ist für viele Projektbeteiligte eine sehr grosse Kiste. Die Arbeitsgemeinschaft, die den Architekturwettbewerb gewonnen hat, besteht aus zwei kleinen Architekturbüros, die beide keine Erfahrungen im Hallenbadbau ausweisen können. Mit einem Vorprojekt plus käme ein Bauprojekt mit einer Kostengenauigkeit von +/- 15 % vors Volk, bei den angestrebten 33 Millionen Franken wären die Schlusskosten von 38 Millionen Franken gerade knapp ausserhalb der Toleranz. Bei einem normalen Vorprojekt mit +/- 10 % Kostengenauigkeit wäre der Rahmen um 1.65 Millionen Franken enger gesteckt. Und das Volk könnte über ein ausgereiftes Projekt abstimmen. Mehr Details wären bis dann geklärt und bekannt. Und auch die uns so wichtigen Fragen zur Erschliessung für Behinderte, Fussgänger und Velofahrer und auch die ökologischen Fragen, wie die Erfüllung der Minergie-ECO-Standardkriterien, der CO²-Fussabdruck des Gebäudes und die Gestaltung der Solarenergieanlage auf dem Dach wären dann im Detail bekannt. Wir wollen, dass sich die Stadt genug Zeit nimmt und auf Nummer sichergeht und alle Details ausarbeitet, bevor der Hallenbadneubau vors Volk kommt. Darum stellen wir folgenden Antrag: Der Projektierungskredit von 1'950'000 Franken für die Ausarbeitung eines Vor- und Bauprojekts mit Detailstudien und Kostenvoranschlag +/- 10 % als Grundlage für die Volksabstimmung über den Neubau des Hallenbads sowie für das Bewilligungsverfahren und das Auflageprojekt wird genehmigt.

Noch zwei Hinweise. Hinweis zur Kredithöhe: Das ist keine Idee von uns, dieser Betrag wurde uns von Stadtrat Fabrizio Hugentobler in Erfahrung gebracht. Und liebe Christa, diesen Antrag hätten wir noch so gern vor zwei Wochen gestellt, aber wir haben die Fragen am 13. Juni eingereicht und am letzten Montag, das war der 24. Juni, die abschliessenden Antworten, zum Beispiel genau über diese Höhe des Kredits erhalten. Falls ihr doch irgendwie gute Gründe wie wir sehen, dass man das anders machen kann, würde es ja auch noch das Element der 2. Lesung geben, wo wir nochmals Zeit hätten, über alles nachzudenken. Die Zeit war einfach zu knapp, um den Antrag früher zu stellen, auch wenn wir das früher gemacht hätten. Wir bedanken uns für eure Unterstützung und wir werden sehen.

Gemeinderätin Ursula Duewell (FDP), Referentin im Namen der Fraktion FDP: Der Antrag ist uns etwas zu kurzfristig, d.h. heute Nachmittag, zugestellt worden. Wir möchten aber trotzdem Stellung dazu nehmen. Die Projektkommission unter Einbezug von Fachleuten hat dem Stadtrat das der Botschaft zugrundeliegende Vorgehen vorgeschlagen. Die Vorgehensweise ist ein Weg zum Ziel einer neuen Badi für Frauenfeld. Natürlich gibt es auch andere Wege, dieses Ziel zu erreichen. Die Antragsteller bevorzugen den Weg über Vor- und Bauprojekt und erst dann die Abstimmung, um eine grössere Kostengenauigkeit zu erreichen, zweifeln aber nicht daran, dass das Volk den Segen für den notwendigen Baukredit geben wird. Wir sind da nicht so sicher. Rückmeldungen von verschiedenen Seiten haben uns gezeigt, dass einige Informationsarbeiten geleistet werden müssen, um ein Ja bei der Volksabstimmung zu erreichen. Es liegt unseres Erachtens nicht an der Kostengenauigkeit von +/- 15 % anstelle von +/- 10 %, sondern daran, dass es Bürger gibt, die überzeugt werden müssen, dass Frauenfeld eine Badi braucht. Uns stellt sich auch die Frage, ob mit diesem Antrag, den Kredit auf 1'950'000 Franken zu erhöhen, eine Volksabstimmung notwendig ist, haben wir doch bereits letztes Jahr einen Kredit für die Badi gesprochen. Und käme da nicht der Grundsatz der Einheit der Materie zum Zug? Es heisst so schön, es muss zusammengerechnet werden, was zusammengehört. Wir

möchten Sie bitten, am vorgeschlagenen Weg des Stadtrats festzuhalten und den Antrag der Fraktion CH/Grüne/GLP abzulehnen.

Gemeinderat Christoph Tschanen (SVP), Referent im Namen der Fraktion SVP/EDU: Ich danke für den Antrag der Fraktion CH/Grüne/GLP. Wir haben uns über die Kurzfristigkeit erst einmal zwei, drei Fragezeichen gemacht. Ich kann es etwas nachvollziehen, aber in dieser Dimension einen Antrag zu stellen, hat bei uns schon ein paar Fragezeichen ausgelöst. Zweitens haben wir vielleicht noch zwei, drei unterstützende Voten oder Überlegungen für den Stadtrat.

Wir sind überzeugt, dass die Phase, die wir jetzt beschreiten, in der Realisation dieses Projekts zur Qualität, Nachhaltigkeit, Kosten, Termine und auch schlussendlich den laufenden Unterhalt, absolut die Wichtigste ist. Ich glaube, diese Phase, da sind wir uns alle einig, ist elementar, um schlussendlich ein gemeinsames Ziel zu erreichen. In den Planungskosten von rund 700'000 Franken für das detailliertere Vorprojekt haben wir uns die Frage gestellt, dass schlussendlich ja auch noch das öffentliche Beschaffungswesen zum Zug kommt. Es gibt sicherlich gewisse Fachplaner, die allenfalls unter der Limite laufen, aber es gibt sicher auch Fachplaner, die hier involviert werden, die über dieser Limite laufen. Wir sind der Meinung, dass allenfalls zuerst eine Ausschreibung stattfinden müsste und die Fachplaner aufgrund von Referenzen und natürlich auch von Kosten ausgewählt werden. Denn sonst sind die 700'000 Franken ansonsten allenfalls dahin, wenn die Fachplaner erst ausgeschrieben werden und die dann fast noch einmal bei null anfangen, wenn die Volksabstimmung durch ist. Für die Ausschreibung braucht es eine öffentliche Publikation, es braucht Parameter, woran sie gemessen werden und anhand dieser sind wir der Meinung, dass man schlussendlich die Fachplanung über das ganze Projekt dann durchziehen kann. Somit haben wir hier keinen Verlust von Fehlkosten, wo allenfalls jetzt ein Fachplaner beigezogen wird, für vielleicht 150'000 Franken arbeitet und in einem nächsten Wettbewerb vielleicht hinausfault, weil er grundsätzlich zu teuer war oder den Referenzen nicht entspricht. Ich glaube, das braucht definitiv noch ein bisschen Zeit und allenfalls auch noch ein bisschen Hirnschmalz, damit das wirklich eine grundlegend saubere Sache gibt, hinter der schlussendlich der ganze Rat auch stehen kann.

Damit zum Thema 2 Zeithorizont. In der Botschaft steht, dass das Projekt bis November 2019 – ich gehe von Ende November aus – erstellt ist. Teilt man diese 700'000 Franken durch einen Stundenansatz von 125 Franken, sind das 5'600 Mannstunden. Ich weiss Peter Hausammann, bei den Richtern müsste man vielleicht ein bisschen hinaufgehen, aber bei den Maurern ein bisschen hinunter. Ich nehme hier einen guten Querschnitt, also sind wir etwa bei diesen 125 Franken. Aber das sind doch 5'600 Mannstunden, die da in diesem Vorprojekt gearbeitet werden. Wenn Sie das in diesem Zeithorizont mit Auswahl, Vergabe, Datenvorlage Ende November und alles schriftlich niedergelegt, über den Daumen schlagen, dünkt es mich sehr, sehr ambitiös. Auch wenn man davon ausgeht, dass viele Fachplanungsbüros aktuell relativ gut ausgelastet sind. Ich glaube, auch diesen Zeithorizont müsste man noch einmal überdenken und allenfalls auf eine ganz neue Schiene stellen. Das haben wir vorhin schon in zwei Voten gehört. Ich glaube, unter diesen Gegebenheiten würde ich beliebt machen, den Zeithorizont neu zu definieren, das vielleicht, wenn weitere Überlegungen eingeflossen sind, dass man aber den Antrag der Fraktion CH/Grüne/GLP ablehnt und bei den 700'000 Franken bleibt. Ich glaube, mit diesen 5'600 Mannstunden kann man doch zwei, drei Buchstaben aufschreiben und gewisse Diskussionen führen. Wenn noch Leute aus der GPK dabei sind, die kostenlos oder mit sehr tiefen Kosten gewisse Meinungen von sich geben, bin ich überzeugt, dass die 5'600 Mannstunden für ein Vorprojekt reichen sollten. Ich bin auch überzeugt, dass man die Kostengenauigkeit genauer erreichen sollte.

Gemeinderätin Julia Bünter (CVP), Referentin im Namen der Fraktion CVP/EVP: Wir sind einstimmig gegen diesen Antrag mit folgenden Begründungen: Das Zeitliche haben meine Vordredner schon erwähnt. Es wurde auch noch begründet, daher gehe ich darauf nicht mehr ein, aber es ist doch recht sportlich. Der Antrag geht davon aus, dass man mit rund 1.5 Millionen Franken genauer sei, man will die Genauigkeit von +/- 15 % auf +/- 10 % reduzieren. Wenn man ausrechnet, ergeben 5 % von 33 Millionen Franken beinahe den Betrag, den wir jetzt mehr ausgeben, nämlich 1.65 Millionen Franken. Selbstverständlich sind auch wir für gute Abklärungen und seriöse Vorarbeiten, wie von Susanna Dreyer bereits erwähnt. Aber schauen Sie mal, wenn wir heute diesem Antrag zustimmen, werden für rund 1.5 Millionen Franken Mehrkosten all die Themen abgeklärt, die von den Antragstellern gefordert sind. Und wie sieht es denn aus mit den Anliegen von anderen im Rat, wie beispielsweise das Anbinden der gesamten Region mit allen möglichen Verkehrsmitteln? Es wird unseriös, wenn nun jeder hier im Rat seine eigenen Bedürfnisse abgeklärt haben will. Und auch bei geforderten besseren Abklärungen kann man ganz anderer Meinung sein. Zum Schluss also grundsätzlich eine gute Idee, aber wenn der Stadtrat und die zuständige GPK mit dem ursprünglichen Betrag gute Arbeit machen wollten, dann lassen wir sie diese doch das beweisen. Wir sind auch überzeugt, wie von der Fraktion SVP/EDU erwähnt, dass das gut kommen kann mit diesem Betrag, den der Stadtrat vorschlägt. Deshalb besten Dank für die Ablehnung des Antrags.

Gemeinderat Heinrich Christ (CH), Referent im Namen der Fraktion CH/Grüne/GLP: Das mit der Kurzfristigkeit stimmt, das tut uns leid. Die Gründe dafür hat Roman Fischer bereits dargelegt. Vor 14 Tagen hatten wir Fraktionssitzung und ein schlechtes Gefühl danach. Vor 13 Tagen haben wir dem Stadtrat die entsprechenden Fragen gestellt und eben vorgestern wurden wir dann endgültig informiert. Als Milizler brauchten wir auch etwas Zeit das umzusetzen. Aber es ist sportlich. Was wir besser hätten machen können, wäre, euch vielleicht vorinformieren, dass wir etwas planen. Das können wir das nächste Mal so machen. Daher nehme ich die Kritik gern auf. Vielleicht jetzt noch zur Diskussion.

Zuerst zu Julia Bünter: Es geht ja nicht um Mehrkosten. Wenn wir in der Stadt noch irgendwie seriös arbeiten wollen, ist ganz klar, dass wir diese Planungsschritte gemäss SIA-Phasen alle durchmachen müssen. Also diese Kosten fallen sowieso irgendwann mal an. Es ist nur die Frage vor oder nach der Volksabstimmung und in welchem Zeitplan drin. Dass es um unsere Bedürfnisse geht, darauf möchte ich gar nicht mehr eingehen, das schiebe ich mal auf die Hitze ab.

Schön ist, dass ich aus den verschiedenen Voten doch gemerkt habe, wir sind weitgehend einer Meinung, dass es gefährlich ist, dieses wichtige und auch teure Projekt zu schnell voranzutreiben, dass es die nötige Zeit braucht. Vielleicht dann auch mit dem Nachteil, dass die Schliessung etwas länger dauert als ursprünglich vorgesehen.

Zum Schluss vielleicht noch für den Hirnschmalz, den Christoph Tschanen erwähnt hat: Der Hirnschmalz muss jetzt noch fließen. Ich glaube, wenn wir alle miteinander das machen, dann kommt es auch zu einem guten Ende.

Stadtrat Fabrizio Hugentobler (FDP): Wir spüren dem Projekt Hallenbad 2020 gegenüber einem Wohlwollen. Vielen Dank dafür und für die zustimmende Haltung dem Projekt, respektive auch dem Kreditbegehren gegenüber. Der Wege sind viele, doch das Ziel ist eins. Ich spüre, wir alle haben dasselbe Ziel vor Augen, das aus dem Architekturwettbewerb hervorgegangene Siegerprojekt «Tag am Meer» zur Abstimmung zu bringen und zeitnah einen Ersatzbau zu realisieren. Ja, es stehen verschiedene Routen zur Auswahl. Wir haben uns für die schnellste Route und

die schnellste Vorgehensroute entschieden. Der Gemeinderat hat die Entscheidungskraft. Der Stadtrat legt die Botschaft mit dem Planungskredit vor und stützt sich dabei auf die bisherigen Dokumente, insbesondere auch auf die letzten Dokumente aus dem Architekturwettbewerb. Deshalb haben wir teilweise auch bewusst auf Detailfragen verzichtet oder die Beantwortung von Detailfragen und darauf verwiesen, dass diese auch bereits schon beantwortet wurden.

Zu den Terminen: Ich möchte festhalten, dass wir als Betreiberin des Bads nach Bekanntgabe der abgeschätzten Dachelemente und der damit verbundenen Vorgaben durch die unabhängigen Ingenieurbüros und Materialprüfungsanstalten umgehend die Planungen eingeleitet haben. Es soll nicht der Eindruck entstehen, wir hätten erst jetzt an Fahrt aufgenommen und seien in Eile. Nein, den Kompass haben wir schon vor über zwei Jahren gestellt. Nach dem Abschluss des Siegerprojekts und den Fristen haben wir die ersten Planungen aufgenommen. Wir befinden uns jetzt auf dem Stand eines Architekturwettbewerbs. Das ist ein Plan im Massstab 1:100 oder noch weniger detailliert, und haben darauf basierend jetzt erste Abklärungen gemacht. Wir haben jetzt die Botschaft vorgelegt, damit wir für unser Tun eine Legitimation erhalten. Erst mit dem allfälligen Entschluss können wir Entscheidungen fällen und uns auf den Weg für Planungsarbeiten machen. Es geht uns darum, dass wir Geld erhalten, damit wir überhaupt Planungen in Auftrag geben können.

Ja, es war und ist ein enger Zeitplan, in Frauenfeld den «Tag am Meer» erleben zu dürfen und auch die kommende Planungsphase, da gebe ich Ihnen recht, ist sportlich geplant. Aber wir möchten den Drive beibehalten und fachlich fundiert schlussendlich zum Ziel kommen.

Viele Themen wurden angesprochen, Thema Energie, andere Fachthemen. Wir haben dies im Rahmen des Architekturwettbewerbs geklärt, wir haben uns daran gehalten, wir haben uns auch an städtische Vorgaben, wie den Energierichtplan gehalten, wo drinsteht, dass wir zum Beispiel ans Fernwärmenetz anschliessen werden. Wir sind auch bezüglich Gebäudestandards 2015 nicht abgewichen und wir haben uns einfach nicht wiederholt, weil dies für uns klar ist, dass wir Themen wie Behindertengerechtigkeit, Zugang für Fussgänger, Velofahrer oder MIV ebenfalls schon in der Phase des Vorprojekts aufnehmen.

Die Partizipation und die Sounding Boards fanden bereits schon auf dem bisherigen Weg statt. Wir haben Nutzergruppen verschiedenster Art bereits miteinbezogen in diesen Prozess. Teile der Nutzergruppen waren sogar im Architekturwettbewerb einbezogen und nahmen Sitz in der Jury.

Grundsätzlich bedanke ich mich für die positive Aufnahme der Botschaft mit den Ergänzungen. Weshalb wir uns für den Weg des Vorprojekts, ohne ein Bauprojekt zu erarbeiten und erst dann die Volksabstimmung durchzuführen, entschieden haben: Wir sehen den Nachteil darin, dass man einfach mehr Zeit braucht. Die kann man sich nehmen, das stimmt, wir sehen den Vorteil auch in den rund 5 Prozent höheren Detaillierungsgrad, das stimmt. Aber das nimmt einfach mehr Zeit in Anspruch. Wir sehen das Vorgehen mit dem Vorprojekt plus als Vorteil und auch unsere Fachpersonen in der Projektkommission sehen dies als Vorteil, weil man auf der Erfahrung jetzt schon bauen kann. Ein Architekt nimmt Einsitz bei uns in der Planungskommission, der hat schon mehrere Hallenbäder gebaut, unter anderem Uster und Wil. Das sind auch Miner-gie zertifizierte Hallenbäder. Wir haben weniger Risiko, da wir nicht zwei Vorlagen vors Volk bringen müssen, respektive wir beziehen das Volk schneller ein. Der Kanton Thurgau hat sich ebenfalls für diese Variante entschieden bei der Erweiterung des Verwaltungsgebäudes oder auch die Stadt Kreuzlingen beim Projekt Hallenbadneubau. Sie basieren ebenfalls auf dem Vor-

projekt plus. Wir streben ein rasches und paralleles Handeln an und möchten die Kosten, genau wie Sie, alle auch im Griff behalten.

Vielleicht noch einige Anmerkungen zu den einzelnen Voten:

Zu Ralf Frei: Nein, die Schnellschüsse liegen nicht drin. Ich möchte aber betonen, dass wir dies nicht als Schnellschuss sehen, sondern die Vorgehensweise als üblich betrachten. Das Freibad soll geschlossen werden, das wird sich jetzt so zeigen, wenn wir dann wirklich im Detail planen können. Selbstverständlich werden wir uns auch um unser eigenes Personal kümmern. Betreffend die Traglufthalle sind wir energetisch so in der Klemme, dass es schlichtweg energetisch keinen Sinn macht und auch finanziell keinen Sinn macht.

Ich möchte noch präzisieren. Ich habe in der GPK gesagt, der Anschluss des Stadtbusses sei zum heutigen Zeitpunkt nicht möglich. Ich habe gesagt, mit dem aktuellen Fahrplan respektive mit aktuellem Rollmaterial. Das war die Aussage betreffend Stadtbusananschluss. Wir prüfen auch die Zufahrten auch betreffend Parkierung, Schulbusse, Zufahrten Elterntaxi, das ist für uns genauso wichtig.

Dann gern zu Susanna Dreyer: Die Kommunikation ist weiterhin sichergestellt, weil doch nicht alle Personen in unserem Amt oder im Departement ausgetauscht wurden. Wir möchten die Vorbereitung topseriös machen, das ist uns genauso Anliegen.

Betreffend die zuständige GPK: Das liegt eher an Ihnen, dass Sie das vielleicht nochmal überdenken, wer wirklich für unser Amt zuständig ist oder wer wo dabei sein soll. Ich denke, das könnte ein Antrag sein.

Zu Roman Fischer: Du hast gesagt, es fehle ein Plan in der Botschaft wie auch andere Dinge. Ich möchte einfach nochmals auf die Links in der Botschaft verweisen respektive auf die bisherigen Unterlagen, die wir, denke ich, nicht wiederholen müssen.

Zu den vielen Fragen, es waren doch mehr als zwei Dutzend Fragen, die ich beantworten durfte innerhalb der letzten zwei Wochen. Ich habe einige umgehend beantwortet, andere erst nach fachlicher Überprüfung, damit ich nicht irgendwelche Angaben mache, die dann schlussendlich wieder ein Eigengoal sind.

Unabhängig von der Vorgehensweise gilt während der Ausführung «Design to Cost». Das heisst, wir haben die Kosten immer unter Kontrolle und die Kreditlimite immer im Auge. Das ist unabhängig von der Vorgehensweise. Ich bitte Sie daher, den Antrag der Fraktion CH/Grüne/GLP abzulehnen. Mit dem Vorprojekt kommen wir ökonomischer und schneller an unser gemeinsames Ziel, das neue Hallenbad. Es erfordert nur eine Abstimmung, verursacht keine hohen Planungskosten, ohne das Volk einbezogen zu haben und gibt genau die finanzielle Zielgrösse vor, welche schlussendlich eingehalten werden muss. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP): Wir stellen somit den Antrag der Fraktion CH/Grüne/GLP dem stadträtlichen Antrag gegenüber.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion CH/Grüne/GLP wird mit 14 Ja-Stimmen gegen 21 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Antrag des Stadtrats wird einstimmig angenommen.

Gemeinderatspräsidentin Severine Hänni (SVP): Ich verabschiede Gemeinderat Heinrich Christ. Wir sind eigentlich am Ende, aber ich habe heute in der Pause erfahren, dass mein Mailprogramm die Mails von Michael Lerch nicht besonders toll findet und diese darum im Spam gelandet sind. Er hatte eine sehr gute Idee, die ich natürlich grundsätzlich sehr unterstütze. Ich hoffe, wir sind jetzt noch nicht über dem Zeitrahmen. Im Anschluss an eine Sitzung vor kurzer Zeit ist die Idee aufgekommen, dass man nach der Sitzung noch eine parteiübergreifende Zusammenkunft anstreben möchte. Er hat daher mit einigen anderen Personen vorgeschlagen, dass man sich nach der Sitzung trifft. Heute wäre es die Auswahl Bürgerstube und Molino, sich da noch ein Bier oder was auch immer zu gönnen. Da ich das leider erst heute erfahren habe, kann ich nicht dabei sein, aber ihr könnt euch gern unten treffen und euch an Michael wenden.

Somit haben wir die heutige Tagesordnung durchberaten. Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 21. August 2019 um 18 Uhr statt. Mein Dank geht an Sie für das aktive Mitdiskutieren, an die Stadtgärtnerei für den wiederum sehr schönen Blumenschmuck und an Herbert Vetter und sein Team der Stadtkanzlei für die tolle Vorbereitung. Ich erkläre die Gemeinderatssitzung für geschlossen und wünsche Ihnen einen guten Rest der Woche und erholsame Sommerferien.

- - -

Schluss der Sitzung: 21.05 Uhr

* * *

